

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

98 (26.4.1912) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Plagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M., vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei G. E. & Co., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad., Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: für den übrigen Inhalt: Hermann Rabel; Germann Rabel;

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Die christlichen Gewerkschaften unter geistlicher Obergewalt.

Die „Rhein-Weiß. Zeitung“ hat dieser Tage, wie erwähnt, die Thesen der Fuldaer Bischofskonferenz veröffentlicht, die als Grundlage für die Verhandlungen in der christlichen Gewerkschaftsfrage aufgestellt worden sind. Die fünfte dieser Thesen enthält den entscheidenden Satz:

Das Urteil darüber, ob Gestaltung oder Wirksamkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entspricht, bleibt dem kirchlichen Hirtenamt überlassen.

Die sozialdemokratische Presse hat den Inhalt dieses Satzes in etwas andern Worten ausgedrückt, indem sie feststellt, daß durch diese These ein Obergewaltsrecht der katholischen Kirche über die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen ist. Herr Behrens, der evangelische Generalsekretär des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter wendet sich nun in langatmigen Ausführungen, die es im evangelischen „Reichsboten“ veröffentlicht, gegen diese einfache Feststellung. Er meint, für die sozialdemokratische Presse sei die Mitteilung der „Rhein-Weiß. Zeitung“ ein „gerundenes Fressen“ gewesen, um die verhassten christlichen Gewerkschaften durch eine falsche Auslegung der Sage und frische Unterstellung zu verächtlichen, ihre Interkonfessionalität zu bezweifeln und eine Abhängigkeit von Rom zu konstruieren. Liebenswürdig, wie er nun einmal ist, fügt es hinzu:

Die Verleumdungsjucht der sozialdemokratischen Presse ist zu selbstverständlich, als daß es der Mühe wert wäre, die christlichen Gewerkschaften dagegen zu verteidigen.

Man kann darauf antworten: Die Methoden der christlichen Gewerkschaftsführer sind zu bekannt, als daß man sich wundern dürfte, wenn sie sich gegen die Feststellung einfacher Wahrheiten durch Schimpfkanonaden zu salbieren suchen. Aber der Schüzze verleiht diesmal sein Ziel. Betroffen wird man sich höchstens im streng katholischen Lager fühlen, wo man erstaunt sein wird, zu hören, daß der evangelische Gewerbevereinssekretär die Behauptung, die christlichen Gewerkschaften ständen unter katholisch-kirchlichem Einfluß, als ehrfränkende „Verdächtigung“, „Unterstellung“ und „Verleumdung“ zurückweist. Wir müssen sogar gestehen, daß wir dieses Erstaunen teilen, denn wir können es keineswegs als entehrende Handlungsweise betrachten, wenn sich ein gläubiger Katholik der Ansicht seiner kirchlichen Behörde unterstellt. Es fällt uns nicht ein, diese Katholiken zu „verdächtigen“ oder zu „verleumden“, sondern wir stellen einfach die Wahrheit fest, unbekümmert darum, ob sie Herrn Franz Behrens bequem ist oder nicht.

Obwohl nun Herr Behrens die Mühe, „die christlichen Gewerkschaften dagegen zu verteidigen“, für überflüssig erklärt, unterzieht er sich in seinen folgenden Ausführungen mit großem Eifer. War doch auch die „Deutsch-evangelische Korrespondenz“ ähnlich wie die sozialdemokratische Presse aus den bekanntesten Veröffentlichungen zu der Folgerung gelangt, „daß die interkonfessionellen Gewerkschaften hier eine Forderung der katholischen Kirchenautoritäten erfüllt und dem drängenden Rom eine Konzession gemacht haben“. Herr Behrens hütet sich natürlich, den Vorwurf der Verleumdung und Verdächtigung auch auf das evangelische Organ auszuwehnen. Nut zeigt auch der Name „Lud“, Gehorsam ist des Christen Schmutz.

Aber natürlich darf auch die Behauptung der „Deutsch-evangel. Korr.“ nicht richtig sein, wenn der evangelische Sekretär der „interkonfessionellen“ Gewerkschaften sein Spiel nicht verspielt haben soll. So sucht er sich dann durch den folgenden verzweifelten Rettungsversuch zu helfen:

Die These 5 ist . . . klar und einwandfrei. Wenn die Frage aufsteht, ob die Gestaltung oder Wirksamkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entspricht, kann doch nicht die Gewerkschaft entscheiden. Der Kirche muß doch das Recht zugestanden werden, darüber zu entscheiden, ob die Gestaltung und Wirksamkeit einer wirtschaftlichen Organisation in religiösen und wirtschaftlichen Fragen ihren Grundsätzen entspricht. . . Hat die Kirche das Hirtenamt, so muß sie auch das Recht der Beurteilung der Vorgänge im öffentlichen Leben, soweit sie das religiöse und sittliche Gebiet berühren, haben. Fragen außerhalb des religiösen und sittlichen Gebiets scheiden für die Beurteilung durch die Kirche natürlich aus.

Herr Behrens gesteht der Kirche das Recht zu, die Führung ihrer Angehörigen in wirtschaftlichen Fragen zu beaufsichtigen. Nur Fragen, die „außerhalb des sittlichen Gebiets“ sollen dabei ausbleiben. Nun haben sich

Gewerkschaften ihrer Natur nach nur mit wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen, die sämtlich das sittliche Gebiet betreffen. Und so hilft kein Gerede um die Tatsache herum, daß durch die fatale These 5 die Gesamttätigkeit der christlichen Gewerkschaften unter die Obergewalt der katholischen Kirche gestellt wird.

Wollen die christlichen Gewerkschaften mit Rücksicht auf die katholische Mehrheit ihrer Führer keinen Konflikt mit der katholischen Kirche riskieren, dann müssen sie sich mit ihrer ganzen Arbeit unter die Autorität der Kirche stellen. Und das haben sie auch in Wirklichkeit getan, oder sie sind auf dem Wege, es zu tun. Das beweist Herr Behrens selbst, indem er die Meldung der strengkatholischen Zeitschrift „Wahrheit und Klarheit“, die Gewerkschaften hätten die Fuldaer Thesen abgelehnt, als falsch bezeichnet. Sie haben nach Herrn Behrens über sie gar keinen Beschluß gefaßt. In diesem Falle gilt der Grundsatz: „Wer schweigt, stimmt zu.“ Herr Behrens tut es übrigens, wie wir schon gesehen haben, ausdrücklich.

Schließlich widerlegt der evangelische Gewerkschaftsführer, die harmlose Deutung, die er den Fuldaer Thesen zu geben versucht selbst, indem er der Meinung Ausdruck gibt, daß ihre Veröffentlichung „von der Seite im katholischen Lager erfolgte, die ein Interesse an der Misfreditierung der christlichen Gewerkschaften hat“. Und er jammert gar beweglich darüber, daß diese Veröffentlichung erfolgte, „unmittelbar nach der Ruhr-Bergarbeiterbewegung, die den christlichen Gewerkschaften in allen nationalgefeimten Kreisen neue Freunde und Sympathien brachte. Bei der Arbeiterchaft sind die „Christen“ durch ihre Streikbereitschaft in Mißkredit geraten, jetzt fürchtet Behrens, daß das Bekanntwerden ihrer Abhängigkeit von Rom in „nationalgefeimten“ Kreisen dieselbe Wirkung haben könnte. Das wäre aber wohl nicht möglich, wären die Thesen wirklich so harmlos, wie er sie darstellt.

Wahrheit ist, daß These 5 die christlichen Gewerkschaften unter die Aufsicht der katholischen Kirche stellt. Daraus folgt, daß den christlichen Gewerkschaften nur der angehören kann, der wie Herr Behrens an dieser Aufsicht, nicht Anstoß nimmt. Wer hingegen der katholischen Kirche das Recht nicht zuspricht, die Haltung der deutschen Arbeiterchaft in ihren wirtschaftlichen Kämpfen entscheidend zu beeinflussen, für den kann in den christlichen Gewerkschaften fürder kein Platz mehr sein!

Deutsche Politik.

45 Millionen — 545 Millionen! Die „Tägl. Rundschau“ erhält eine augenscheinlich aus amtlichen Quellen schöpfende Mitteilung, über die Durchführung der Reichsversicherungsordnung. Darin wird u. a. auch die besonders von sozialdemokratischer Seite bei der Debatte über die Gesetzesvorlage wieder nachdrücklich erhobene Forderung besprochen, die Altersgrenze in der Invaliditätsversicherung auf 65 Jahre herabzusetzen. Es scheint, so heißt es, wohl mit Rücksicht auf die glänzende Entwicklung der Reichsfinanzen beim Bundesrat eine Gefinnungsänderung eingetreten zu sein.

Unter den verbündeten Regierungen besteht eine starke Strömung dafür, die Verabreichung der Altersgrenze vom Jahre 1917 ab eintreten zu lassen. Bekanntlich hat der Reichstag eine Entschliezung angenommen, die den Reichsanwalt erucht, nach fünf Jahren, also bis im Jahre 1917, eine Aufhebung des Status der Landesversicherungsanstalten dem Reichstage vorzulegen. Die Herabsetzung der Altersgrenze würde dann gleichzeitig mit der Vorlage dieses Status, der ein Bild über das Fortschreiten der sozialen Versicherung in Deutschland geben würde, erfolgen.

Also auf das Jahr 1917 werden die alten abgerackerten Arbeiter vertröstet. Bis zu diesem Zeitpunkt werden entsprechend der Regierungsvorlage, wenn inzwischen nicht neue Anforderungen gestellt worden sind, die Mehrausgaben für Armee und Marine 545 Millionen Mark betragen haben. Da die Kosten für eine Verabreichung der Altersgrenze um fünf Jahre sich auf jährlich 9 Millionen Mark belaufen, würde die sofortige Durchführung dieser Reform bis zum Jahre 1917 45 Millionen beanspruchen. Die 545 Millionen für militäristische Zwecke sind vorhanden, aber zu den 45 Millionen, die das harte Los der bejahrten Arbeiter ein wenig lindern könnten, reicht nicht. Und was gilt die Wette? In fünf Jahren ist es mit dem glänzenden Stand der Reichsfinanzen längst wieder vorbei. Dann haben sich die schönen Berechnungen, die Behrens nach dem Diktat der Zentrumsparthei aufgemacht hat, als Schwindel erwiesen, und wenn die Arbeiter kommen, um die verbündeten Regierungen an ihre Versprechungen zu erinnern, wird man ihnen achselzuckend das leere Portemonnaie zeigen.

Konervative Ungnade. Der Staatssekretär von Elsaß-Lothringen, Born v. Bulach, hat vor einiger Zeit in der ersten reichsländischen Kammer die sehr verständliche

Bemerkung gemacht, daß die Regierung kein Recht habe, zu fragen, wie die Beamten gewählt haben. Etwas sehr verspätet geht die „Konservative Korrespondenz“ daran, diesen Staatsbeamten abzufanzeln; in der Nummer vom 23. April schreibt sie:

„. . . Dann aber können wir nicht umhin, unserem Herrn v. Bulach den Ausdruck zu geben über die sehr bedauerliche Erscheinung, daß Herr Born v. Bulach es unternimmt, die pflichtvergessenen Beamten, die der Sozialdemokratie, also dem Todfeinde der bestehenden Staatsordnung, ihre Stimme geben, förmlich zu entschuldigen. Dergleichen zeugt es nicht von allzu starkem Verantwortlichkeitsbewußtsein, wenn Herr v. Bulach die Pflichten der Regierung dahin auffaßt, als ginge diese die Bekämpfung der Revolutionsparthei überhaupt nichts an. Nach seiner Ansicht sollen sich hierüber die Ordnungsparteien verständigen. Herr v. Bulach möge sich jedoch darüber klar werden, daß der Kampf der Ordnungsparteien gegen den Umsturz schließlich illusorisch gemacht werden muß, wenn, wie es nachgerade tatsächlich zur Gewohnheit zu werden scheint, Regierungsvertreter der Sozialdemokratie die pflichtliche Behandlung zuteil werden lassen, die der leitende Staatsmann in der Westmark für angemessen erachtet.“

Born v. Bulach kann froh sein, daß er dem konservativen Machtbereich nicht zu nahe ist, sonst würde der Zabel noch in ganz anderem Tone gehalten und seine Abhängigkeit in greifbare Nähe gerückt sein.

Preussisch-Landtraktliches. Die preussischen Gendarmen können die rote Farbe noch immer nicht vertragen. In einem Orte des Kreises Wittenberg (Provinz Sachsen) sah ein Gendarm bei dem Begräbnis eines Arbeiters die rote Schleife am Kranze des Fabrikarbeiterverbandes und nahm sie gewalttätig weg. Die Beschwärde der Angehörigen beantragte der Wittenberger Landrat v. Trautmann mit folgenden anmutigen Ausführungen:

„Das Leichenbegängnis beschränkte sich nicht auf den Zweck eines solchen, dem Verstorbenen und seinen Angehörigen persönliche Liebe und Ehre zu erweisen, sondern es handelte sich, da derartige Schleifen Parteizubehör der Sozialdemokratie sind, um eine Kundgebung zugunsten der gemeingefährlichen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschafts- und religiösen Ordnung unseres Vaterlandes gerichteten, auf das schärfste zu verurteilenden und mit allen gesetzlichen zulässigen Mitteln zu bekämpfenden Bestrebungen der Sozialdemokratie.“

Der Herr Landrat spricht weiter dem Gendarmen für die Entfernung der roten Schleife seine ausdrückliche Anerkennung aus, und teilt mit, daß gegen die Veranstalter des Begräbnisses Strafanzeige erstattet sei.

Der Landrat kommt mit seinen politischen Stillübungen 25 Jahre zu spät; unter dem Sozialistengefetz hätten sie dem geltenden Genre entsprochen. Der gute Wille wird aber in Preußen auch heute noch anerkannt, und wer weiß, ob ihm nicht ein Gericht auch noch mit Beurteilung des Kranzträgers zur Hilfe eilt.

Einführung des Waffenscheins. Der Verkauf von Waffen soll in Zukunft von dem Besitz eines Waffenscheins abhängig gemacht werden. Eine Novelle zur Gewerbeordnung, die den Verkauf der Waffen in anderer Weise als bisher, regeln wird, ist nach der „Korresp.“ Both fertig gestellt worden und soll dem Reichstage noch in dieser Session zugehen.

Erhöhung der Steuerhinterziehungen. Die Steuerkommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat am Dienstag einen sehr wichtigen Beschluß gefaßt. Es handelt sich um die Bestimmung der Novelle, wonach es dem Steuerpflichtigen bei Einlegung des Einspruchs obliegt, die zur Begründung des Rechtsmittels dienlichen Tatsachen anzuführen und auf Erfordern unter Beweis zu stellen. Die Beweislast soll also in Zukunft dem Steuerpflichtigen obliegen, während sie nach der bisherigen Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts die Veranlagungskommission zu erbringen hat. — Für diese Neuerung sprach sich auch das sozialdemokratische Mitglied der Kommission aus, das darauf hinwies, daß es nur der Gerechtigkeit entspreche, nachdem man den § 23 geschaffen habe, der die Arbeitereinkommen bis auf den letzten Pfennig besteuere, nun auch Mittel zur richtigen Einschätzung der Wohlhabenden zu finden. Die Bestimmung wurde mit großer Mehrheit gutgeheißen.

Ausland.

Schweiz.

Aufrechterhaltung der Todesstrafe. Der große Ausschuß zur Vorbereitung des Strafgesetzentwurfs hat in einem wichtigen Punkte eine Abänderung des Vorentwurfs beschlossen. Nach der Verfassung von 1874 war die Todesstrafe für die Schweiz abgeschafft worden. Durch Volksabstimmung von 1879 wurde die Wiedereinführung den Kantonen überlassen, wozu einige Gebrauch machten. Nun sieht der Vorentwurf für das neue gemeinsame Gesetz die Wiedereinführung vor. Indessen hat die Kommission mit 14 gegen 11 Stim-

men beschloffen, auch ferner bei Nord den Kantonen die Todesstrafe (die in das Gesetzbuch nicht kommt) anheimzustellen. Obgleich wurde die Vorlegung jeder Beibehaltung des Todesurteils bei der Begnadigungsinstanz gemacht. Später soll entschieden werden, ob diese Kantonal bleiben oder die Entscheidung der Bundesversammlung überwiesen werden soll. Mehrere grundsätzliche Gegner der Todesstrafe sollen für diese Fassung gestimmt haben, weil sie fürchten, daß ihre völlige Abschaffung die Verwerfung des ganzen Gesetzbuches in der Volksabstimmung betreffen werde.

Belgien.

Vierjährig gegen Militarismus. Der Verein gegen Vierjährig hat das Kriegsministerium aufgefordert, den für dieses Jahr wieder geplanten „Maib“ (Betritt) von Offizieren zu verbieten. Der Verein weist auf die Grausamkeiten hin, die bei dem dortigen Mord stattgefunden haben. Verfolgt seien sie nicht worden, da es sich um ausländische Offiziere gehandelt habe. So sei das Gesetz mit Füßen getreten worden. Das dürfe sich nicht wiederholen. Aussicht hat das Gesetz kaum. Warum sollen es die Pferde besser haben als die Menschen, die dem Militarismus geopfert werden?

Oesterreich.

Prostitution als Waisenversorgung. Vor einem Wiener Bezirksgericht standen zwei Frauen unter der Anklage, aus der Prostitution ihrer Töchter Nutzen gezogen zu haben. Sie hatten vor einem Abteilungsquartier auf ihre siebenjährigen Töchter gemietet. Vor Gericht wurde festgestellt, daß die eine Frau Witwe von 5 Kindern ist. Die andere hat gar 9, ist schwanger und arbeitsunfähig und vom Manne verlassen. Dieser hatte der ältesten Tochter zum unfruchtlichen Gewerbe statt der Fabrikarbeit geraten. Der Richter sprach beide frei, da sie unter dem Zwange grenzenloser Not handelten.

Rußland.

Eine Partei der Kosaken. Die Kosaken, die bisher als Bluthunde des Barismus gebildet haben, wollen sich nicht mehr begnügen, der „christlichen“ Reaktionspolitik als Anhängsel zu dienen. Es hat sich eine besondere Partei gebildet, die sich keiner anderen anschließt, sondern in der Duma wild bleiben soll. Sie gibt eine Zeitung, „Kosakenstimme“, heraus, die als Aufgabe der 5 Millionen Kosaken die Pflege der Interessen und die Erweckung des militärischen Charakters dieser Korporation bezeichnet. — Die Kosaken sind kein einheitliches Volk, sondern eine Reihe aus russischen Auswanderern und sonstigen, größtenteils mongolischen Völkern entstandene Gemeinschaften, die gegen Befreiung von Steuern jederzeit zum Militär- und Kriegsdienst bereit sein müssen. Seit Alexander II. hat der rein militärische Charakter und die abgeschlossene Eigenart der „Seere“, wie die Gemeinschaften bezeichnet werden, mancherlei Einbuße erfahren. Sie sind heute in der Hauptsache Bestandteile des allgemeinen Heeres, die namentlich dort, wo man sich vor der Verwendung der doch schon etwas mehr kultivierten russischen Soldaten scheut, also zur Niederwertung russischer Arbeiter und Studenten und zu Steuererhebungen bei den Bauern, Verwendung finden.

Argentinien.

Wahltag in Buenos-Ayres. In den jetzt beendeten argentinischen Parlamentswahlen wurden in der Hauptstadt 2 Sozialisten gewählt. Dem vorletzten Abgeordnetenhaus gehörte Genosse Valcario an. Bei den vorigen Wahlen gelang es den Sozialisten der Regierung, die bekanntlich vor der Verwendung von Lockspiegeln und den rohesten Bestechungsarten gegen die Freiheit und Drucker der Partei nicht zurückbeugte, ihn zu bezwingen. Inzwischen gelang es, die Zeitung wieder herzustellen. Die Wahl dreier Abgeordneter, deren Name nicht genannt wird, ist die Quittung über die Sozialistenpolitik der herrschenden Clique, zugleich ein Sieg über die parlamentarismusschneidende Agitation der Anarchisten, die in der vielfach noch sehr rückständigen, meist aus Italien und Spanien stammenden Arbeiterklasse bisher noch viel Einfluß gehabt hat.

Badischer Landtag.

58. Sitzung der 2. Kammer.

Endlich ist es gelungen, die Generaldebatte über das Budget des Ministeriums des Innern abzuschließen, nachdem die Fraktionen sich verständigt hatten, nur noch je einen Redner zum Wort kommen zu lassen. Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach Gen. Stodinger. In ausgezeichneter Weise behandelte er den Pforzheimer Streik und die Vorgänge, die bei der Debatte darüber eine Rolle gespielt haben. Die Ausführungen des fortschritt-

lichen Abg. Odewald fanden in den Darlegungen des Genossen Stodinger eine treffliche Widerlegung. Herr Odewalds Schilderungen über die jederzeit zu Unterhandlungen bereit gewesenen Pforzheimer Unternehmer entpuppten sich als fauler Zauber, mit dem man Unfugliche täuschen zu können hoffte. Das Manöver ist gründlich mißglückt. Die Pforzheimer Scharfmacher haben bei dieser Debatte sehr schlecht abgeschnitten.

Der Zentrumsabgeordnete Wittmann ritt wieder eine Attacke gegen die Amtsverfälscher. Das Zentrum empfindet die Amtsverfälscher als eine unliebsame Konkurrenz gegen die vielen Zentrumsblätter. Seine Verteidigung der christlichen Gewerkschaften war nichts weniger als überzeugend.

Abg. Benedey plädierte für die Einführung von obligatorischen Schiedsgerichten, um die immer mehr zu sich greifenden wirtschaftlichen Kämpfe möglichst zu begrenzen. Sehr treffend war sein Hinweis auf die große Verschiedenheit zwischen der Haltung der englischen und der deutschen Regierung bei den Bergarbeiterstreiks. Energisch trat Herr Benedey für die Sonntagswahl ein. Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordneten Dietrich und Schmidt-Bretten wurde ein Schlußantrag gestellt und angenommen. Morgen beginnt die Spezialdebatte.

© Karlsruhe, den 25. April.

Präsident Rohrbach eröffnete 9 1/2 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister Fröy, von Bodman und Regierungskommissäre.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern.

Sekretär Abg. Odewald (F. B.) legte die neuen Eingaben, mehrere Petitionen an.

Dannach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Stodinger (Soz.):

Die Herren, die sich gestern so um die Entfesselung des Sonntags durch die Gemeindevorstände bemühten, hätten besser daran getan, sich mit der Ausdehnung der Pöcke im Pflanztal zu beschäftigen. Ein Grund zur Beunruhigung liegt zur Zeit nicht vor, da alle Vorsichtsmaßregeln getroffen sind, allerdings wieder erst, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen war. Die Maßregeln werden mit aller Schärfe durchgeführt. Man hat aber zu große Nachsicht geübt, statt mehr Aufmerksamkeit der Verwendung ausländischer Arbeiter zu widmen.

In Pforzheim standen sich 1910 zum erstenmale Kapital und Arbeit im Kampfe gegenüber, nachdem 1906 ohne Kampf Differenzen geregelt worden waren. Das Jahr 1910 zeichnete sich durch einen guten Geschäftsgang aus, die Arbeiterkraft verjüngte deshalb ebenfalls ihre Verhältnisse zu bessern. Die Kettenmacher besonders wollten eine Besserung ihrer Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer erkannten selbst an, daß die Lage der Kettenmacher eine schlechte ist. Die Kettenmacher verlangten auch eine Erhöhung ihrer Stundenlöhne. Die Forderungen wurden abgelehnt, man begründete die Ablehnung mit der Auslandskonkurrenz. In verschiedenen Städten ist aber eine Regelung erfolgt. Wenn man die Dinge genau verfolgt, so verliert das meiste von dem, was die Unternehmer behauptet hatten. Schon die Tatsache, daß die Gewerkschaften bestehen und immer stärker werden, läßt erkennen, daß die Harmonie zwischen Kapitalist und Arbeiter ein Märchen ist. Eine Regelung wäre möglich gewesen, denn selbst ein Unternehmerblatt hat geschrieben, daß Tarifferträge zu befürworten seien. Die Arbeiter haben wiederholt fund, daß sie jederzeit zu Verhandlungen bereit sind. Ende Oktober 1910 waren etwa 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausnahmestellen, einige Unternehmer waren auch zu Unterhandlungen bereit. Es trat der Kreditorenverein auf den Plan, der ein Machtwort sprach. Gegen diesen Akt der Brutalität Stellung zu nehmen, hat sich der Abg. Odewald nicht getraut. Er wollte dem Abg. Wed einen Strich drehen, weil er den Kreditorenverein mit dem Arbeitgeberverband verwechselte. Ein Interdikt ist aber da keiner. In Pforzheim sitzen im Kreditorenverband, im Arbeitgeberverband, in der Handelskammer, auf dem Rathaus immer dieselben Herren.

Die Unternehmer kündigten die Aussperrung der Arbeiter an, die im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind. Da jetzt nun Kollege Odewald ein mit seiner Kritik der Lügenparole. Die Sache bekommt aber ein ganz anderes Gesicht, wenn man die Dinge richtig betrachtet. Im Kampfe werden oft Mittel verwendet und sind auch erlaubt, die man sonst nicht billigen kann. Am wenigsten haben aber jene Leute ein Recht,

uns eine Lügenparole vorzuwerfen, die in Pforzheim die Kandidatur Wittum inszeniert haben.

Auch die Unternehmer erklärten oft, sie wären zu Unterhandlungen bereit, aber sie kamen nie zustande. Am 28. November 1910 kam dann die Aussperrung. Den Unternehmern war es natürlich unangenehm, daß sie ohne die ausgeübten 9000 Arbeiter nichts machen konnten. Sie schrien deshalb gleich nach Polizei und Militär. Und die Regierung hat ängstlich dafür gesorgt, daß genügend Schutzleute und Gendarmen zur Verfügung stehen. Gegen Ende des Ausstandes waren im „Belagerungsgebiet“

42 Schutzeleute und 30 Gendarmen.

Eine gewisse Nervosität war da natürlich vorhanden, aber selbst der Minister mußte zugeben, daß nichts nennenswertes vorgefallen. Die Arbeiter werden es sich aber merken, daß der Minister auferte, er bedauere es, daß nicht zu Anfang gleich genug Schutzleute und Gendarmen in Pforzheim vorhanden waren. Die Arbeiter leisteten den Anordnungen ihrer Vertrauensleute willig Folge, die Behörde hat auch die Arbeiter ermahnt, Vertrauensleute aufzustellen, die mit Ordnung halten. Die Regierung verfuhr am 17. Dezember eine Einigung, die Unternehmer lehnten aber nach 2 Tagen die Verhandlungen ab, ohne die Stellung des Metallarbeiterverbandes abzuwarten. Die Arbeit wurde schließlich am 2. Januar 1911 wieder aufgenommen, ohne daß die Arbeiter etwas erreicht hatten. Die Unternehmer hatten aber keine Ursache, zu frohlocken über den Ausgang des Kampfes. Die Geschäfte des Pforzheimer Metallarbeiterstreiks wird nicht vergessen werden.

Wie geübt wurde gegen die Arbeiter, kann man aus den Schauerreden ersehen, die über sie folpert wurden. Sie sollten auf einen Eisenbahnbau geschoben haben. Bei näherer Untersuchung ergab sich, daß Kinder auf den Zug mit Steinen geworfen hatten. In Enzberg wurde ein Werkmeister verprügelt, auch diese Sache hand in keinem Zusammenhang mit dem Streik. Ein Schutzmann hat einen Beamten mit auf die Wache genommen, weil er am Morgen Flugblätter zur Orientierung an die Arbeiter verteilte. Der Schutzmann hat jedenfalls der Behörde keine Unentbehrlichkeit zeigen und den Unternehmern beweisen wollen, wie er ihre Interessen schützt.

Der Abg. Odewald hat sicher vielen Leuten in Pforzheim noch nicht scharf genug gesprochen. Er hätte aber besser getan, wenn er etwas weniger geistige Anleihen aus der Brochüre des literarischen Felbuehls der Pforzheimer Scharfmacher gemacht hätte. In der Broschüre schreibt dieser Herr, es dürfe von seiner Seite nachgegeben werden, den Arbeitern unterstellt, er sie würden Sabotage ausüben und passiven Widerstand. Solche

beweislose und unwahre Behauptungen

hatte bis jetzt noch kein Mensch in Deutschland den Arbeitern vorgeworfen. In Pforzheim wurden diejenigen, die sich für Verhandlungen erklärten, also das gilt auch für die Regierung, für Gemütskranke erklärt.

In Hanau werden in der Kettenindustrie höhere Löhne bezahlt. Wenn man sagt, die Arbeiter verdienen viel, so muß man bedenken, daß es da ein rasches Auf und Nieder gibt, so daß die Arbeiter gar keine 300 Arbeitstage erreichen, sie haben oft nur 260—270 Tage im Jahr. Es ist auch unrichtig, daß nur 300 von 1200 den Streik beizulassen hätten, es waren im Gegenteile 700, also zwei Drittel, die diesen Beschluß gefaßt hatten. Der Abgeordnete Odewald hat auch von den Legitimationskarten und den 50 Pf. gesprochen, die die Arbeiter zahlen mußten. Die Karten wurden aber den Arbeitern ausgehändigt, die in Firmen arbeiteten, die nicht betroffen wurden. Die 50 Pf. waren Unterstützungsmarken für die streikenden Arbeiter.

Die christlichen Arbeiter haben sich als Streikbrechergarde des Unternehmertums erwiesen.

Diese Leute genießen die Liebe der Unternehmer, sie haben ja auch einen Vorzug vor den Gelben, denn sie üben den Streikbrechertum unsonst. Selbst Leute, die nicht auf unserem Klassenstandpunkt stehen, haben eine reinliche Scheidung gegenüber diesen Leuten vorgenommen.

Die Lohnverhandlungen, die eingetreten, wurden meistens durch Stellenwechsel erzielt. 4000 Arbeiter erhielten gar nichts. Der Abg. Odewald sagte, im Spätherbst, wenn die Konjunktur feige, würden die Arbeiter eine Lohnsteigerung verlangen. Ja, dann brauchen die Arbeitgeber nur mit den Arbeitern Tarifverträge abzuschließen, dann haben sie Ruhe. Wenn auch anfangs keine Maßregelungen vorliefen, so setzten diese nach 4—6 Monaten bedrückt ein. Die Arbeitswilligen erhielten nur Zuwendungen, wenn sie sich verpflichteten, bis Ende 1911 zu bleiben. Das den Mißbrauch des Telefons betrifft, so muß festgestellt werden, daß das Verfahren gegen die betr. Leute eingestellt worden ist. Sie wollten aber nur den heimlichen

Söhne ihrer Väter.

Roman von Max Kreter.

31 (Fortsetzung.)

„Womit kann ich dienen?“ schnitt Trost jede weitere Erörterung darüber ab und wies zugleich auf einen der vielen Sessel. Groß und breit stand er vor ihm, mit dem kalten Verbindlichkeitslächeln des weltklugen Mannes, der die niedrige Kreatur sofort durchschaut. „Wünschen Sie mich in Gesellschaft zu sprechen?“ Umherwandte ruhete sein Auge auf ihm, und als sein großer Blick ihn wieder von Kopf bis zu den Füßen umfing, geschah es mit derselben geringen Einschätzung wie in der letzten Nacht im Klub.

„Nur, nur, Herr Geheimrat,“ dienernte Sinders aufs neue leicht, durchaus nicht eingeschüchtert durch diese Formlichkeit.

„Sie sind doch der Mann, der alles macht, nicht wahr?“ sagte Trost, unbeweglich in seiner Ruhe, den Blick immer durchdringend auf ihn gerichtet.

Sinders Vammelnase zeigte die bekannte Neigung, sich dem Kinn zu nähern. Er zwinkerte mit dem Auge und ließ das Glas in die hohle Hand fallen, spielte ein Weilschen mit ihm und brachte es dann wieder in den Ruhepunkt des Albinosauges. Und während die tadelloß gelbgeleberten Linke über den glänzenden Zylinderhut fuhr, zierte er sich ein Weilschen mit niedergeschlagenem Blick. Entschieden sprach etwas Redliches aus ihm, als er mit einer Verbeugung der Anerkennung ohne Scheu und Scham darauf einging. „Sag doch mich der angenehmen Hoffnung hin, Herr Geheimrat, daß diese unbestreitbare Tatsache die Anknüpfung unserer Beziehungen bedeutend erleichtern wird. Und ich schäme Ihre bedeutungsvolle Lebensauffassung zu sehr, als daß ich nicht hinzuzufügen sollte: ein Mann, der alles ist, müßte auch einen Mann, der alles macht, nach seinem richtigen Werte zu taxieren verstehen. Schade, daß man diese beiden Eigenschaften nicht miteinander multiplizieren kann; ich glaube, das gäbe einen Uebermenschen, der den höchsten Rekord als sogenanntes Latenz-Individuum erreichen müßte.“

Ein mehrfacher, verbindlicher Kopfnieder folgte, sodas

der haarlose Schädel seine glänzenden Lichter spiegeln ließ; denn soeben hatte sich die Sonne endlich Bahn gebrochen und sandte ihre Lichtflut durch die großen Fenster. „Die Sonne von Austerlitz, sehen Sie, ich bringe sie nunmer mit“, schloß er mit einer großartigen Handbewegung nach der Straßenseite zu.

Geheimrat Trost wurde durch diese Räuber-Komik angeleitet. „Ebenfalls scheinen Sie gut reden zu können, Herr...“, sagte er lächelnd, indem er so tat, als suchte er nach dem Namen.

Der große Gelegenheitsmacher verbeugte sich abermals, den Satz ergänzend: „Konul Sinders, Konul Sinders, der aber auch zu schweigen versteht, Herr Geheimrat. Durchaus faire zu schweigen. Eine Eigenschaft, die man leider auch bei sehr wohl akkreditierten Leuten heutzutage immer seltener findet. Selbst die diskretesten Dinge sind bei mir wie in einem Erbgräbnis aufgehoben, das heißt, solange man mich natürlich zu schätzen weiß... Hat man Ihnen gestern von dem lustigen Intermezzo im Klub erzählt? Nein? Oh, es war recht lieblich. Eine Flucht aus den Chambers separées. Zum Angeln schon! Ein würdiger Idontis auf der Attrappe mit einer verhäulften Lemme.“ Er fiel aus der Rolle. „Zuder, ich sage Ihnen, Zuder... Aber niemand störte die beiden, alle Trostlösen waren maujetot. Ja, lebte ich denn? Warten Sie mal...“

Trostem er so tat, als jänne er nach, ließ er seine kleinen, verwahrlosten Augen frech auf den Eisenkönig spielen, dessen saftiges Gesicht sich entfärbte. Und als Trost senior ihn so ansah, wußte er genau, daß dieser Mensch mit den Manieren großzügiger Spitzbuben ihn gesehen hatte; und er stand so sehr unter diesem Eindruck, daß er der nun folgenden nichtsagenden Redewendung keine Bedeutung mehr beilegte.

Er hatte Sinders in dem Zimmer seines Sekretärs empfangen, wo beide noch immer keine Miene zeigten, sich zu sehen. Als plötzlich aber Doktor Schafflin auftauchte, ein nicht mehr junger, durchaus modern gekleideter Mann mit den gut abgefärbten Manieren seines großen Herrn, ließ der Geheimrat etwas von seinem Stolge fallen und bat den Konul zu sich in den Salon. Und kaum war

Sinders endlich zur Ruhe gekommen, als Trost einige Augenblicke um Entschuldigung bat und rasch zu seinem Sekretär zurückkehrte. „Sehen Sie sich den Mann nachher genau an, Doktor, der hier wieder durchkommen wird. Ich werde ihn gebrauchen müssen.“

Doktor Schafflin erhob sich wie immer und verbeugte sich höflich, sobald sein hoher Chef mit ihm sprach. Dann ging der Geheimrat wieder in den Salon, schloß die Türe hinter sich und hörte ruhig mit an, was man ihm sagte.

Einem andern Menschen hätte er schon nach fünf Minuten den Laufpaß gegeben; dieser Mann jedoch hatte die Gabe, sich von vornherein unentbehrlich zu machen. Sein Scharfblick erschöpfte die Schwäche der Menschen, die er dann gleichsam bis zur Ermattung verfolgte. Und da er wußte, daß der „Fall Silvester“ die größte Schwäche dieses Gewaltigen war, so brachte er ihm sofort die Betäubung bei: daß alles, was er gegen seinen Sohn unternahm, eigentlich nur aus Liebe zu ihm geschähe, nicht aber aus Groll oder verwerflichem Hass. Geheimrat Trost sah sofort ein: das war der richtige Arzt, der jene wohlthuende Medizin zu verschreiben verstand die nicht bitter schmeckte und doch half.

„Anormal, alles anormal,“ warf Sinders hin und sagte förmlich daran. „Das sagt der ganze Klub.“

Das Lieblingswort des Alten war gefallen, und so schloß sich der Ring um diese beiden Männer, deren Lebensstellungen sich so entfernt wie Nord- und Südpol lagen, die sich aber anogen durch denselben Gedanken. Und dieser Gedanke hatte für Trost etwas Großes, bei allem Mangel gleichsam etwas Verheißendes und Befreiendes, wie bei bedeutungsvollen Menschen, die nicht zu gewöhnlichen Mitteln greifen, um damit den Hovel zu heiligen. Wollte Silvester durchaus seinen Willen haben, war gegen ihn durch Güte nichts auszurichten, so mußte man versuchen, seiner Dichtereitelkeit auf andere Weise den tödlichen Stoß zu verjehen. Dieser geschäftige Mann hier hatte recht: überspannte Menschen mußten wie ungehorsame Kinder behandelt werden, um sie auf den richtigen Weg zum Seile zu führen.

Und als Trost ihn nach einer halben Stunde entließ, hatte er die Bemerkung zu seinem Sekretär ganz ver-

die Unternehmer kein Recht, sich zu entrüsten, denn sie selbst haben

Spiegel im „Saalbau“ verfrachtet,

am die Verhandlungen der Arbeiter auszuhebeln zu können. Wer solche Mittel anwendet, der hat kein Recht, sich zu entrüsten, wenn Arbeiter etwas an sich Verwerfliches in der Hitze des Kampfes tun. Wie wird aber auch das Telephon von Seiten der Unternehmer bei Einstellung von Arbeitern mißbraucht? Herr Odenwald hat auf den Zeitgeist abgehoben, der den Streit abfällig kritisiert. Der Verfasser Steinmeier ist wegen des Artikels von den Unternehmern gelobt worden. Als er aber in Forzheim war, da war es anders, da haben die Herren einstimmig abgelehnt, ihn in den Stadtrat zu wählen. Die Herren loben die Leute nur, wenn sie aus Forzheim fort sind und ihnen nicht mehr gefährlich werden können. Drei Monate nach dem Streit kann man gut loben und kritisieren. Es wird aber Steinmeier wie auch seinem Forzheimer Freund, der ihm geschrieben, nicht angenehm sein und ihnen das Gewissen schlagen, wenn sie sehen, wie die Unternehmer sie hier als Zeugen gegen die Arbeiter auspielen.

Die Regierung hat dem Kampfe Verständnis entgegengebracht. So wie 1910 von Seiten der Unternehmer ist sie aber noch nie abgelehnt. Jeder Arbeiter muß sich sauber anziehen, zur Regierung gehen und dort alle die Schauerreden erzählen, von denen der Minister dann selbst zugeben mußte, daß nichts dergleichen ist. Die Arbeiter aber sind nicht befreit. Der letzte Januar hat es bewiesen, als 3000 Mann mehr für die Sozialdemokratie stimmten.

Zum Schluß erwähnt sich Redner gegenüber dem Abgeordneten Hink gegen dessen gestrige Anrempelung der sozialdemokratischen Partei und die Heranziehung Stegmüllers in die Debatte. (Leb. Beifall bei den Sozialdem.)

Abg. Wittenmann (Zentr.): Es wurden von sozialdemokratischer Seite Angriffe gerichtet, die besser unterbleiben wären. Meine Meinung ist die, daß jeder Streit ein Unglück ist, ob er gewonnen oder verloren wird. Es wäre zu wünschen, daß man so weit läme, alle Streitigkeiten auf dem Wege der Verständigung zu erledigen. Der Erlaß des Ministeriums über die Kapitalaufnahme der Städte kann ich nur billigen. Wir erklären in der neuen Gemeindeordnung keine Radikalisierung, sondern einen Fortschritt. Der Abg. Köhlin hat davon gesprochen, daß im Kreis Baden die nationalliberale Partei keine Vertretung erlangen könne. Das trifft nicht zu. Auch in der Kreisversammlung Baden sind Männer seiner Partei. In allen anderen Kreisversammlungen haben die Nationalliberalen, obwohl sie schon lange nicht mehr die stärkste Partei sind, die Übermacht. Bezüglich der Landesbauordnung möchte ich wünschen, daß sie draußen im Lande in dem Geiste gehandhabt wird, wie sie im Ministerium ausgelegt wird. (Zustimmung.)

Leber des Amtsverfändigerwesens will ich mich heute nicht äußern. Das eine möchte ich aber sagen, daß eine andere Ordnung geboten ist in der Schaffung von Kreisverordnungen. Heute werden vielfach die Vorschriften des Ministeriums über das Amtsverfändigerwesen nicht beachtet. Die Vereinigung von Politik und Amtsverfändiger kann der Regierung nicht passen. Die Regierung möchte ich bitten, die Frage zu prüfen, ob nicht die Offiziere auch mit ihrem Dienstverhältnis zu den Gemeindevorständen herangezogen werden können. Die Zwangserschließung muß im großen und ganzen auf religiösen Boden gestellt werden. Er ist der stärkste Halt. (Zustimmung beim Zentrum.)

Abg. Benedek (F. V.): Zunächst muß ich mich auch zu einer Aeußerung des Abg. Stodinger wenden, der es für notwendig gehalten hat, unserem Parteifreund Hink Vorhalte zu machen wegen einer Bemerkung über die „Stegmüllerei“. Dieser Ausdruck wurde in einem Zusammenhang gebraucht, der keinen Anlaß gab zu der Aeußerung des Herrn Stodinger. Ein Angriff des Abg. Hink gegen die Sozialdemokratie lag nicht vor und war auch in keiner Weise beachtlich. Stegmüller ist, wie wohl gesagt werden darf, aus seiner Partei ausgeschieden worden. Ohne die Legitimation des Herrn Stodinger als Mentor zu prüfen, kann ich ihm bemerken, daß wir seine Wohlge-

gessen; er erhob sich sogar und begleitete Sinders bis an die Tür, ohne ihn erst den Umweg durch das andere Zimmer nehmen zu lassen.

Bis zum nächsten Tage schwankte er, ob er dem Konjunkturalbeschränkte Vollmacht zu diesem Staatsstreik erteilen solle, oder ob es nicht richtiger wäre, Doktor Schafflin in sein Vertrauen zu ziehen. Dann aber war er mit sich im Reinen: besser, man darf eine bezahlte Kreatur dafür, die obendrein alle Minen springen lassen konnte, ehe man einen anständigen Menschen darin einweihte, vor dem man vielleicht das Erörtern nicht hätte unterdrücken können. Denn es galt den Kampf gegen das eigene Blut, gegen geistige Eigenschaften, was die große Menge, sobald es rührbar wurde, niemals verzieht, und was ein anderer, der Geheimrat Trosts Ansichten nicht zu würdigen verstand, schwer begriffen hätte. Ihm war Politik eben Politik, ob sie nun gewaltige Kreise zog, oder im engen Rahmen seiner Familie blieb.

Die Sache wickelte sich ganz geschäftsmäßig ab. Sinders bekam einen Schied für die nötigen Ausgaben, worüber er sich verpflichten mußte, Abrechnung zu geben; einen anständigen Vorbehalt auf seine Bemühungen und durch Handschlag die Versicherung, daß, falls ihm alles gelänge, ein bestimmtes Honorar zu seiner Verfügung stände. In solchen Dingen gab der Geheimrat niemals etwas Schriftliches, was Sinders auch zu würdigen verstand. Es genügte ihm schon, das Wort dieses Mächtigen zu haben, der es eher zehnmal einlösen würde, bevor er sich der Gefahr ausgesetzt hätte, auf unangenehme Art daran erinnert zu werden.

„Zeigen Sie, daß Sie wirklich der Mann sind, der alles macht,“ sagte Trost zu Sinders als ein Fürst, der einem anrührenden Diplomaten einen Auftrag erteilt. „Jedenfalls werde ich Gelegenheit haben, mich öfters Ihrer Kommissionen zu bedienen, Herr — Konjunkt.“

Diesen Titel beizufügen, wurde ihm schwer, und so zerbrach er ihn stets hervor, ungefähr wie etwas Unreines, das man im letzten Falle doch zu zeigen sich genötigt sieht. Und weil ihm im Grunde seiner Seele die Sache doch anwiderte, so fragte er erst garnicht nach dem Wie und dem Was, sondern ließ dem andern völlig freie Hand. Er wollte nur zahlen, seine Verpflichtung als Kontrahent erfüllen, sich sonst aber hübsch die Ohren zuhalten und seine Hände in Unschuld waschen. Und blieb selbst ein kleines Ständälchen nicht aus, in dem der Name Trost unverkennbar genannt wurde — er wollte es auf das Konto seines Sohnes schreiben. Und überdies würde es vielleicht reich vergelien werden und ginge sicher, halb im Reime erstickt, ziemlich spurlos vorüber — in diesem rauschenden Leben Berlins, wo der nächste Tag schon den Eindruck des vorangegangenen verwischt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

meinten Wünsche gerne entgegennehmen. Es wird bezüglich des Abg. Hink das nicht eintreten, was der Abg. Stodinger befürchtet. Auch wir erkennen es an, daß im Ministerium fleißig und gewissenhaft gearbeitet wird und daß dieses Ministerium unter der Leitung einer festen Hand steht. Nun scheint diese Hand auch etwas zu fest zuzugreifen, wodurch persönliche und staatsbürgerliche Rechte beeinträchtigt werden. In dieser Beziehung weise ich auf einen bestimmten Fall hin. Abg. Dr. Heimburger wie auch ich haben seinerzeit Beschwerde über Zustände an der Baugewerkschule vorgebracht. Die Prüfung dieser Beschwerde hatte allerdings ein negatives Resultat. Einige Zeit darauf wurde mein Gewährsmann, dessen Name ich nun nennen kann, Professor Zahn, vor den Ministerialrat Schneider geladen, der ihm nahe legte, aus seinem Amte zu scheiden. Als Grund zu dieser Aufforderung wurde ihm gesagt, daß er einem Abgeordneten Informationen gegeben habe. Professor Zahn ist dann auch zu dem Herrn Minister bestellt worden, der ihm gleichfalls mitteilte, er solle seine Stellung kündigen. Auch der Herr Minister sagte ihm, daß dies gefordert werde, weil er mit Umgehung seiner Vorgesetzten einem Abgeordneten Material geliefert habe zur Verwendung im Landtage. Ich glaube, wir im Landtag haben allen Grund, gegen etwas derartiges aufzutreten. (Sehr richtig.) Es muß ein Beamter das Recht haben, Mitteilungen an einen Abgeordneten gelangen zu lassen. Es ist dieser Vorgang ein ungeheurer Eingriff und eine Schädigung der Ehre sowie der Familie des Professors Zahn.

Zwischen dem Ministerialrat und dem Forzheimer Streit besteht der Unterschied, daß die Unternehmer in Forzheim die Organisation der Arbeiter anerkennen. Die Aeußerung des Ministers auf eine gefällige Regelung des Streiks war mir sympathisch. Zu wünschen wäre es gewesen, wenn bei dem großen Arbeiterstreik die deutsche Regierung in gleicher Weise etwas für die Streikenden getan hätte, wie das in England geschehen ist.

Mit der Wirkung der neuen Gemeindeordnung kann man zufrieden sein. Sie bedeutet einen Fortschritt und hat mehr soziales Verständnis in die Gemeinden gebracht, weil nun alle Parteien ihre Vertretung finden. Wir wünschen weiter die Einführung der Verhältniswahl für die Landtagswahlen. Der Redner äußerte sich sodann kurz zu einzelnen in der Debatte erörterten Fragen und trat den Ausführungen des Abg. Köhlin bezüglich der Wünsche der Kurpfalz Baden bei. Es muß für Baden alles getan werden, damit es die Entwicklung nimmt, die es verdient.

Abg. Dietrich (natl.): Der Abg. Schmidt-Bretten hat Beschwerde geführt über den Bürgermeister von Graben. Das, was in dieser Beziehung vorgebracht wurde, war nicht von Bedeutung. Ueber das Koalitionsrecht wie das Streikrecht habe ich mich schon geäußert. Das Koalitionsrecht wie das Streikrecht unserer Arbeiter sind Rechte, die erhalten werden müssen. Wir wünschen gleiches Recht für beide Teile. Bei den Streifen muß die Polizei vollständig objektiv sein. Eine unangenehme Erscheinung bei den Streiks ist die Tatsache, daß man Streikbrecher aus Hamburg hat kommen lassen. Man kann allerdings dagegen nichts tun. Der Redner kam sodann noch kurz auf die bevorstehenden Gemeindevorstände und die Bürgermeisterwahl in Willingen zu sprechen, wobei er betonte, daß die Haltung des Willinger Polizeisamts in dieser Angelegenheit eine zutreffende ist. Diese Haltung ist in dem Geiste begründet, das in dem vorliegenden Falle die Festsetzung der Wahl in das Ermessen des Bezirksrats stellt.

Abg. Schmidt-Bretten (konf.) kam nochmals auf seine Beschwerde über die Zwangserschließungsanstalt Klingingen zurück und führte bezüglich des Falles, der sich auf den Bürgermeister von Graben bezog, aus, daß bis heute der Gemeinderat noch keine Kenntnis habe von einer Behandlung dieser Angelegenheit vor dem Bezirksrat und von einem Beschlusse des Bezirksrates. Es ist das ein ganz merkwürdiges Verfahren.

Minister Frhr. v. Rodman: Ich will kurz zu einzelnen Fragen noch Stellung nehmen. Der Abg. Willi hat gestern gesagt, bei einem kleinen hiesigen Streit, der sich hier abspielte, habe ein Polizeiwachmeister dem Unternehmer polizeilichen Schutz angeboten. Die Sache war die, daß der Polizeibeamte Feststellungen über den Streit machen mußte. Was der Abg. Willi über den Militärbehörden vordrachte, hat er schon auf dem letzten Landtag vorgebracht. Er hat damals behauptet, einigen Wirtinnen, welche bei der Militärbehörde vorstellig geworden, sei mitgeteilt worden, daß sie Auskünfte wegen des Vagabundens des Abg. Willi gab und daß auch Anzeigen nicht erfolgt wären. Darüber, welche Militärbehörde hier in Frage komme, ist er nicht darauf die Antwort von der Stadtkommandantur, daß ihr nichts davon bekannt sei, daß eine Militärbehörde die in Frage stehende Mitteilung gemacht habe. Im Mai 1910 setzte ich davon Herrn Willi in Kenntnis und ersuchte ihn, mir die militärische Stelle zu nennen. Ich erhielt auf diesen Brief keine Antwort. (Hört, hört!) Im Juli schrieb ich aufs neue an Herrn Willi, indem ich ihn nochmals um Auskunft bat. Aber auch dieser Brief blieb unbeantwortet. (Erneutes Hört, hört!) Im August teilte ich sodann der Militärbehörde mit, die Angelegenheit beruhen zu lassen. Wenn ich auf mein Schreiben vom Mai 1910 Antwort von Herrn Willi erhalte, werde ich auf die Sache wieder eingehen. (Große Heiterkeit.) Mit Bezug auf die Ausführungen des Abg. Süßkind über den industriellen Arbeitsnachweis in Mannheim habe ich von letzterem die Nachricht erhalten, daß die Behauptungen des Abg. Süßkind unrichtig seien. Zum Mannheimer Hafenarbeiterstreik teilte mir das Mannheimer Bezirksamt mit, daß ihm von den von dem Abg. Süßkind erörterten Einzelheiten, die vorgekommen sein sollen, nichts bekannt sei und daß auch Anzeigen nicht erfolgt wären.

Der Abg. Stodinger hat mir Lob gesendet für meine Rede in Sachen des Forzheimer Streiks. Ich muß dieses Lob ablehnen. Ich war mit meinen Ausführungen bemüht, gerecht nach beiden Seiten hin zu urteilen. Der Abg. Benedek kam auf den Fall Zahn zu sprechen und machte mich für diesen Fall verantwortlich. Gegenüber dem Professor Zahn wurde lediglich von dem gesetzlichen Recht der Kündigung Gebrauch gemacht, das wir besitzen bei Beamten, die noch nicht definitiv angestellt sind. Der Abg. Benedek hat gesagt, ich habe Zahn aufgefordert, seine Stellung zu kündigen, weil er unter Umgehung seiner Vorgesetzten Behörden Abgeordneten Mitteilungen gemacht habe. Es kann sein, daß ich das gesagt habe, ich habe wahrheitsgemäß aber auch dazu gesagt, daß das Material, welches Professor Zahn den Abgeordneten gab, unrichtig war. Wir haben die Sache sehr schonend behandelt und Herrn Zahn mit Rücksicht auf sein Fortkommen nabegleitet, zu kündigen. Im allgemeinen muß ich sagen, die Verfassung kennt ein Petitionsrecht an die Kammer, aber kein solches an einzelne Abgeordnete. Weiter sagt die Verfassung, daß der Beamte den Instanzenweg einzuhalten hat und daß alle Rechtszüge erschöpft sein müssen, ehe er von diesem Recht Gebrauch macht.

Prof. Zahn hat auch an den Abg. Heimburger einen Brief geschrieben über Dinge, welche sich auf die Baugewerkschule bezogen und die unrichtig waren. Wir hatten die Ueberzeugung, daß Zahn ein förderndes Element im Behrkörper der Baugewerkschule war und haben deshalb von dem uns zutreffenden Kündigungsrecht Gebrauch gemacht.

Was die neue Gemeindeordnung betrifft, so ist die Regierung gegen eine weitere Radikalisierung des Gemeindevorstands. Die Regierung wird für eine Aenderung des Gesetzes nicht zu haben sein. Der Abg. Hink hat den Wunsch ausgesprochen, daß unsere Amtsvorstände ein stärkeres Rückgrat be-

stehen sollen. Diesem Wunsche ist schon entsprochen worden. Unsere Amtsvorstände haben ein Rückgrat, das allen billigen Anforderungen entspricht. (Stürmische Heiterkeit.) Bezüglich des Amtsverfändigerwesens möchte ich bemerken, daß es keine Amtsverfändiger mehr gibt, sondern Amtsverfändigungsblätter, die der Zeitung beigelegt werden. Von den diesbezüglichen Bestimmungen weicht nur ein einziges Blatt ab, das „Karlsruher Tagblatt“. Das wird aber mit dem 1. Juni geändert werden. Es wurde auch von den Zwangserschließungsanstalten gesprochen. Für konfessionelle Anstalten bin ich nicht zu haben. (Zustimmung links.) Diese Anstalten sollen auf paritätischer Grundlage errichtet werden. (Zustimmung links.) Eine sozialdemokratische Vereinsgründung hat in der Anstalt Klingingen nicht stattgefunden, wie ich dem Abg. Schmidt-Bretten bemerken will. Es handelt sich um einen harmlosen Vorgang, der weiter keiner Erörterung bedarf. (Hört, hört! links.) Was die Prügelstrafe an den Zwangserschließungsanstalten anlangt, bin ich der Meinung, daß man möglichst ohne Prügel auskommen soll. (Zustimmung.) Leider mit Ganantienstrafe nicht entbehrt werden, aber sie muß mit Sanantien umgeben sein.

Der Abg. Dietrich hat auf die bevorstehenden Wahlen in Willingen hingewiesen. Dort legte der Bürgermeister sein Amt nieder und dieser Schritt hat die Billigung des Bürgerausschusses gefunden. Nun hat aber der Gemeinderat die Reuebesetzung schon ausgeschrieben, ehe der Bürgerausschuß die Amtseinführung des Bürgermeisters gutgeheißen hatte. Ich halte das nicht für zulässig. Es entspricht der Gemeindeordnung, daß der Bürgermeister von dem Ausschuss gewählt wird, mit dem er zusammenarbeiten muß. Der jetzige Bürgerausschuß in Willingen besteht nur noch kurze Zeit und es ist anzunehmen, daß der neuwählende Bürgerausschuß infolge der Verhältniswahl ganz anders zusammengesetzt sein wird. Deshalb ist es zweckmäßig, daß die Bürgermeisterwahl durch den neuen Bürgerausschuß vorgenommen wird.

Präsident Rohrbach: Es ist mir mitgeteilt worden, daß auf Grund von Vereinbarungen zwischen den Fraktionen die auf der Rednerliste noch vorgemerkten 19 Redner auf das Wort verzichten. Die allgemeine Debatte ist deshalb geschlossen.

Es folgten kurze persönliche Bemerkungen der Abg. Süßkind (Soz.), Benedek (F. V.), Wittenmann (Zentr.), Pfefferle (natl.) und Hink (F. V.).

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Abg. Kopp (Zentr.), der sich kurz zu verschiedenen Fragen, die in der Debatte behandelt wurden, äußerte, schloß der 2. Vizepräsident die Sitzung.

Nächste Sitzung: Freitag halb 4 Uhr. — Tagesordnung: Spezialberatung des Budgets des Ministeriums des Innern.

Badische Politik.

Beobachterliches.

Mit einem jesuitischen Kunstkniff sucht sich jetzt der „Bad. Beobachter“ um den Beweis, daß seine „sozialdemokratische Moral“ Lüge, Diebstahl, Untreue, Verrat und Mord, selbst Fürstenmord, erlaube, herumzudrücken. Beweisen kann er das nicht. Deshalb meint er, es sei unsere Sache zu beweisen, daß das nicht der Fall sei. Eine niedliche Methode, um nicht beweisbare Verleumdungen aufrecht zu halten. Was sich der „Beobachter“ da in seinem armen Gehirn über „sozialdemokratische Moraltheorie“ zurechtlegt, ist eben die ureigenste jesuitische Moraltheorie des Zentrums, die vor keiner Schlichtigkeit zurückschreckt, wenn man etwas dabei profitieren kann.

In recht einfältiger Weise sucht der „Beobachter“ die Aufmerksamkeit von der Sache abzulenken, indem er am Schluß schreibt: „Es gibt übrigens noch andere Fragen, über welche der „Volksheld“ sich äußern möchte. Wie stellt er sich denn zu der Theorie des R. Abg. Köhlin, dem es gar nicht einfällt, sich an die Jenaer Stichwahlbedingungen zu halten, soweit sie das Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten betreffen?“

Das können wir gleich machen. Herr Köhlin hat die Jenaer Stichwahlparole unterschrieben, in welchen er verspricht, gegen alle Ausnahmegeetze zu stimmen. Wie sich die Sozialdemokratie zum Ausnahmegeetze gegen die Jesuiten stellt, weiß man beobachterlich. Wenn der Herr Reichstagsabgeordnete Köhlin gegen den Jesuitenimport ist, so können wir ihn nicht umstimmen. Es ist nicht unsere Sache, uns für den Jesuitenimport noch besonders ein Bein auszurecken. Der „Beobachter“ mag das gefälligst mit Herrn Köhlin selbst ausmachen. Das ist seine Sache, nicht unsere. Wenn wir Einfluß auf Herrn Köhlin hätten, würden wir ihm gerne begreiflich machen, daß man dem Zentrum mit dem Festhalten an Jesuitenparagrafen mehr nützt als schadet. Wir fürchten die Jesuiten nicht. Die uniformierten Jesuiten mit Hut und Kutte können auch nicht schlimmer sein wie die Jesuiten des „Bad. Beobachter“.

s. Der Streit der Gescheitelten und Geschorenen ist nicht beigelegt, wenn auch im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die konservativen und die zentrumsständigen Bahlagitatoren eine unzertrennliche Herzjünglichkeit vor dem zu tauschenden Volke zur Schau tragen. Wenn dann die protestantische Wählerchaft mit dem Wahlgettel dem Zentrum ministriert hat, kann die Belehrung der Zentrumskatholiken über den Charakter des Protestantismus wieder ihres Weges vordrücken gehen. Gegenwärtig befragt diese Aufklärungsarbeit das „Katholische Sonntagsblatt Deutscher Reichs“ in seiner Nummer vom 21. April durch den Artikel: „Wir Katholiken und die gemeinsame christliche Weltanschauung“. Er ist gegen die Verwässerung des korrekten deutschen Zentrumsstandpunktes; es will dabei bleiben, daß Ungläubige und Heiden den protestantischen Ketzern vorzuziehen sind. Wir geben einige Stellen des „Kathol. Sonntagsblattes“:

Der heilige Hieronymus sagt, daß alle Ketzer die Gehennaböden an Aufrichtigkeit übertreffen; der heilige Augustinus will nicht, daß die Ketzer Christen genannt werden; der heilige Leo (Papst) befahl, die giftigen Gesprüche der Ketzer zu meiden, nichts mit diesen gemein zu haben, die nur dem Namen nach Christen sind. — Diese herrlichen Vaterworte, die für alle Zeiten gelten, verwerfen die Meinung jehziger Katholiken, daß man mit Protestanten und Schismatikern (die heutigen nationalsozialistischen Protestanten seien noch kostbarer) gemeinsame Ziele verfolge. — Die für alle Theologen geltende Autorität des heiligen Thomas zählt die Verbreitung der (ketzerischen) Irrlehren zu ärgeren Verbrechen, als Hochverrat und Falschmünzerei sind. Die germanischen Heiden stünden dem Christentum viel näher als die Anhänger der Suß, Luther usw., als der „berjumptie Irrglauben der protestantischen Völker“.

So sind die Nichtgläubigen bei der kirchlichen Richtung des Zentrums moralisch höher bewertet als die gläubigen

Protestanten. Bei der Stichwahl im 10. badischen Reichstagswahlkreis ist das Zentrum nicht in die Lage gekommen, einen Protestanten vor einem Nichtkegler, bevorzugen zu müssen, während es im 9. Kreise im Stichwahlkampf einen katholischen Freimaurer dem Protestanten vorzog. Der geistliche Redakteur des „Bad. Beobachter“, der als Vater der Stichwahlparole im 10. Kreise gilt, hat in religiöser Beziehung die Definition gegeben, daß der freisinnige nicht orthodoxe Jude dem konfessionslosen Sozialdemokraten vorzuziehen ist.

Zentrums-Agitation in der Kirche.

Es ist zwar etwas sehr altes, daß der gesamte Merus sich in den Dienst der Zentrumsorganisationen stellt. Aber da gerade von Zentrumsseite immer wieder bestritten wird, daß die Kleriker ihr Amt zu politischen Geschäften mißbrauchen, ist es gut, wenn von Zeit zu Zeit Tatsachen mitgeteilt werden, die die agitatorische Tätigkeit der Geistlichen unansehnlich erweisen. Vor nicht langer Zeit konnten wir die Öffentlichkeit davon unterrichten, daß vor den Landtagswahlen in Karlsruhe an der Kirchen- und St. Stephan eine Aufforderung zum Gebet für die Zentrumsparthei angeschlagen war. Daß jenes Gebet damals bei den Wahlen ganz elend abgeschnitten hat, ist vielleicht die Strafe für den frechen Mißbrauch der Kirche zu politischen Zwecken seitens der Zentrumsparthei. Die Zentrumsparthei hat sich damals um die ihr unangenehme Feststellung damit herumgelogen, daß sie die Tatsache als ein „Versehen“ hinstellte und zerknirscht selbst verurteilte. In Weiden in der Oberpfalz (Bayern) wurde am letzten Sonntag den Kirchgängerinnen an der Kirchentür der folgende Zettel ausgehängt:

Katholischer Arbeiterinnenverein Weiden.

Ich melde mich zum Eintritt in den katholischen Arbeiterinnenverein zu Weiden. Name — — — Wohnung — — — Dieser Zettel ist auf dem Altar der Heiligen Familie (an der Sakristei) niederzuliegen.

Die Weidenen katholischen Frauen werden bei einer in dieser offiziellen Form vorgenommenen Agitation natürlich nicht zögern, ihre Mitgliedschaft bei dem katholischen Arbeiterinnenverein auf dem Altar der Heiligen Familie niederzuliegen. Aber das Zentrum ist bei dieser konfessionellen Parteilichkeit und Politik nicht zu betreiben.

Militärische Bequemlichkeit.

Aus Dos bei Baden-Baden schreibt man uns: Bei der diesjährigen Kontrollversammlung zeigte das Bezirkskommando A s t a t t den Kontrollpflichtigen von Dos und Umgebung sehr wenig Entgegenkommen. Seit Menschen- gedenken fanden die Kontrollversammlungen jeweils in Dos statt, was für die Kontrollpflichtigen von Dos und Umgegend sehr von Vorteil war. Nun traf das Bezirkskommando diesmal eine Abänderung, wonach sämtliche Mannschaften nach Baden mußten, was für die Beteiligten sehr unverständlich war. Es herrschte deshalb unter denselben vor und während der Versammlung eine sehr erregte Stimmung, so daß sich der kontrollführende Offizier genötigt sah, mehrmals einzuschreiten. Das ist selbstverständlich nicht zu verwundern, wenn man in Betracht zieht, daß der überaus größte Teil der Mannschaften (zirka 80 Prozent) in den Betrieben in Dos beschäftigt ist und in- folgedessen größeren Lohnverlust, Auslagen für Fahrt zu tragen hatte, da ja die Fabrikanten in Dos den Lohnausfall bei der Kontrollversammlung nicht bezahlten. Nun sehen wir nicht ein, warum man auf einmal eine solche Abänderung trifft, da ja in Dos Platz genug vorhanden ist und auch der Wirt zum „Alder“ seinen Saal, wo bisher die Versammlungen stattgefunden, auch diesmal wieder zur Verfügung gestellt hätte.

Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen werden, daß die Kontrollversammlung wieder wie bisher in Dos stattfindet und man so den Mannschaften wie bisher entgegenkommt, was dieselben sehr begrüßen würden. Es wäre dies ein ganz berechtigtes Verlangen, wenn man bedenkt, daß die Auslagen bei 700 Mann doch weit über tausend Mark betragen und dies bei den teuren Zeiten für die vielen Familienbater einen empfindlichen Verlust bedeutet.

Aus dem Landtag.

Die Budgetkommission

festen gestern ihre Beratungen über den Eisenbahnbau fort. Genehmigt werden 46 000 M. für Gleisanlagen am Karlsruher Rheinhafen; 150 000 M. für Erweiterung des früheren Dienstgebäudes des Verwaltungshofes in Karlsruhe; 174 000 M. für einen weiteren Bahnsteig in Rastatt; 121 000 M. für Erweiterung der Güterverkehrsanlagen in Bühl; 118 000 M. als letzte Teilforderung für den Ausbau des Kehler Hafens, sowie weitere 230 000 M. für Erstellung von Lagerplätzen am Kehler Hafen, für Beseitigung eines schienennebenen Uebergangs bei M i n d s c h l ä g, 50 000 M. für den Offenburger Bahnhofumbau wird die 9. und letzte Teilforderung von 709 800 M. angefordert und genehmigt. Von verschiedenen Seiten wird darüber geklagt, daß bei diesem Bahnhof so große Wege seitens des Publikums zurückgelegt werden müssen. Die Regierung erklärt, daß die Klagen sehr übertrieben sind; man werde zusehen, wie Erleichterungen für das Publikum zu schaffen seien. Durch Ausgabe von L a n k o f a h r k a r t e n könne den besagten Mißständen in weitgehender Weise abgeholfen werden.

Weiter werden genehmigt: 296 000 M. für Erweiterung der Werkstätte in Offenburg. Von sozialdemokratischer Seite wird gewünscht, daß die Station Offenburg in der Lohnordnung um eine Stufe erhöht, um Schädigungen der Arbeiter bei Versetzungen zu vermeiden. Die Regierung will diese Frage einer Prüfung unterziehen. Weiter werden genehmigt: 10 000 M. für ein Ueberholungsgleis in G a s l a c h; für Erweiterung der Werkstätteanlagen in B i l l i n g e n; 1 Rate 130 000 M.; für den Bahnhofumbau in L a h r - S t a d t; letzte Teilforderung 826 000 M.; für den Neubau des Bahnhofs in E m m e n d i n g e n 1 000 000 M.; für den Bahnhofumbau in L i t t i e e 2. Teilforderung 800 000 M.; für Erweiterung der Stationsanlagen in N e u t a d t 339 000 M.; für den Bahnhofumbau in B a s e l 11. Teilforderung 12 000 000 M. Die Inbetriebnahme soll im Spät-

jahr 1913 erfolgen. Sodann werden genehmigt für Erweiterung der Gleis- und Bahnsteiganlagen in S i n g e n a. S. 120 000 M.; für Aufstellung zweiflügeliger Signale z. B. Teilforderung 370 000 M.; für unvorhergesehene Geländekäufe 500 000 M.; für Lokomotiven 1 020 000 M.; für Lokomotiven insgesamt 7 873 000 M.

Die Wehrevorlagen im Reichstag.

46. Sitzung vom 25. April, 1 Uhr.

Fortsetzung der Generaldebatte über die Wehrevorlagen.

Abg. Gaußmann (Sp.): Die politische Lage ist nicht soig, auch nicht schwarz, sondern grau. Die Konstellation der Mächte könnte sich leicht verschieben, das Sicherheitsgefühl ist erschüttert. Wir haben die Pflicht, Deutschland vor dem Unglück eines europäischen Krieges zu bewahren. Da müssen wir Maschinen- gewehre haben und alle Fortschritte der Technik mitmachen. Wir werden das Notwendige bewilligen, aber auch prüfen, ob nicht hier oder dort zu sparen ist. Herr v. Tirpitz ist selbst Mitglied des Flottenvereins (Hört, hört!) und hat selbst eine große Agitation mit Hilfe des Flottenvereins getrieben. Die Verhandlungen mit England haben auf diese Weise kein Ergebnis gehabt. Die Verhältnisse mit dem Duell erfordern immer wieder ein Eingreifen des Parlaments. Für die innere Ueberzeugung des Menschen muß Raum geschaffen werden. Auch Geheimrat Czerny mußte austreten, weil er seine Ansicht über die letzten Landtagswahlen geäußert hat, die der nationalliberalen Partei in Baden entsprächen. Das kann auf die Dauer nicht mehr gehen. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich halte es nicht für vorteilhaft im Interesse des guten Einvernehmens mit England, auf die Stärkeren einzugehen. Hierfür ist die Kommission der geeignete Platz, nicht das Plenum. Ich protestiere entschieden dagegen, daß das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes sich irgendeiner an einer Hege gegen England beteiligt hat. Der Flottenverein hat sehr wertvolle Aufklärung unseres Volkes über die Seemächte Deutschlands geschaffen und ich bin selbst die Veranlassung der Aufklärung gewesen.

Kriegsminister v. Seevingen: Prof. Czerny hatte durch seinen Artikel allerdings an einigen Stellen angegriffen. Ohne daß bei der Militärverwaltung die Absicht vorgelegen sei, ihm seine Verabredung nachzugeben, hat er es getan und mit seinem Alter und Gesundheitszustand begründet.

Abg. v. Heibert (Rp.): Wir wollen Frieden, aber in Ehren Deutschlands Machtstellung behaupten. Das können wir durch ein einfaches Mittel erreichen, durch die rückwärtslose Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Da wird den anderen Nationen, Rußland vielleicht ausgenommen, bald der Atem ausgehen. Wir müssen die Wehrordnung abändern. Leute mit kleinen Fehlern dürfen nicht mehr militärfrei werden.

Abg. Golsborn (Wesf.): Ich erkläre mich gegen jede Flottenvermehrung. Ob die Erhöhung der Friedenspräsenz nötig ist, wird noch zu prüfen sein. Sollte die Linke die Erbschaftsteuer in die Dedung hineinschmuggeln, so würde ich gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Wurm (Soz.)

erörtert die Branntweinliebesgabe. Obwohl die gewerblichen Brennereien gerade für die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe arbeiten, indem sie ihre Schlempe auf den allgemeinen Markt bringen, hat man diese Brennereien mit Sondersteuern belegt zugunsten der eigentlichen landwirtschaftlichen Brennereien. Die ganze Spiritusgesetzgebung ist darauf berechnet, den Branntweinpreis im Inlande hoch zu halten und den Brennereien die Taschen zu füllen. Graf Kosobowsky hat ja seinerzeit dem Abg. Semler erklärt, daß die ostenländischen Brenner die Liebesgabe brauchen, um die Zuschüsse für die im Heere dienenden Söhne zu bestreiten. Die Spirituszentrale hat ja auch zum Dank für dieses Gesetz, dem sie ihre Machtstellung verdankt, den Vater dieses Gesetzes, der das Gesetz gewissermaßen dem Schatzkammer in die Finger diktiert hat (Der Abgeordnete K r e t h, der gemeint ist, lächelt), zum Direktor gemacht. Die Spirituszentrale ist die Institution, die die Liebesgabe überflüssig macht; sie wägt einfach den Ausfall der Liebesgabe ab auf die Konsumenten und nachdem die Außensteuer beseitigt sind, hat sie die Allmacht. Der Durchschnittspreis ist heute die eigentliche Liebesgabe, nicht das Kontingent. Es werden eben wieder die Armeen der Armen erdrückt, denn den Branntwein finden wir bei den Leuten, die sich nichts weiter leisten können: Das sind die Landarbeiter im Osten, die für ein Glas Schnaps ihre Ueberzeugung und Seligkeit verkaufen. Unsere Arbeiter haben einen wirksamen Votum ausgeübt. Die Regierung hat uns bei diesem Bestreben, den Branntwein zu bekämpfen, nicht unterstützt, sondern ist uns in den Rücken gefallen, indem sie das Kontingent herabsetzte, damit den Agrariern nichts entgeht. Aber wir lassen uns dadurch von unserem Kampf nicht abbringen, weil der Schnaps den Körper gerüht und den Agrariern, den Feinden der Arbeiter, die Tasche füllt. (Sehr richtig! links.) Bei diesem Branntwein handelt es sich nur um die Interessen der Großen; die kleinen Brenner haben keine Vorteile davon. Das Privatmonopol der Spirituszentrale ist geschaffen worden gegen die Linke, von den Parteien, die sich jetzt so brüsten, die Liebesgabe aufheben zu wollen. So wie die Novelle ist, bleibt alles beim alten. Die Macht der Spirituszentrale besteht weiter und die Konsumenten müssen alles aufbringen. Wir sind natürlich auch für die Beseitigung der Liebesgabe. Das wichtigste aber ist die Beseitigung des V e r g ä l l u n g s z w a n g s, der der Zentrale die Macht verschafft hat. Der vergällte Spiritus hat nun weniger Wert. Um die gewerblichen gegenüber den landwirtschaftlichen Brennereien zu schützen, hat man sie veranlaßt, doppelt so viel zu vergällen als die landwirtschaftlichen. Wie die Spirituszentrale die Novelle beantwortet hat, haben wir ja alle erlebt; die Zentrale hat einfach den Preis erheblich erhöht. Diese kolossale Preiserhöhung ist nicht begründet in der Steigerung des Kartoffelpreises. (Abg. K r e t h ruft: Das sind Unwahrheiten!) Nein, das sind keine Unwahrheiten. Die Preispolitik der Zentrale ist hinreichend bekannt und Sie sollten sich nicht so entrichten gebärden, sondern Sie sollten daran denken, daß öffentlich erwiesen ist, daß die Zentrale gegen die guten Sitten verstoßen hat bei ihren Praktiken. Das Gesetz ist ein Hilfsmittel zur Ausplünderung und Ausbeutung der armen Volksschichten. Es ist so konstruiert, daß ein Privatmonopol geschaffen wurde. Die freie Konkurrenz ist vollständig ausgeschlossen, indem man das Entstehen von neuen Fabriken unmöglich gemacht hat. Die freie Konkurrenz wird auch ausgeschlossen durch den hohen Zoll auf ausländischen Spiritus. Herr K r e t h lächelt, er fühlt sich sicher, denn er weiß, daß die Zentrale verschwägert ist mit den höchsten Herren, mit Grafen und Fürsten und sogar mit königlichen Brennereien, die alle Vorteile von der Spirituszentrale haben. Süddeutschland hat sich nun ein Referat sichern lassen. Es genießt besondere Vorteile, weil es keine Brennereien dort gibt. Diese Süddeutschen bekommen eine Abfindung, aber den Brennern in Sachsen, Hessen und Elsaß, die sich in einer ganz ähnlichen Lage befinden, gibt man keine Abfindung und das geht nicht; sie werden dann einfach ruiniert durch die großen Brennereien. Dieses schwierige Gesetz muß einer besonderen Kommission überwiegen werden, denn es muß gründlich behandelt werden. Wie nachlässig und gewissenlos das vorige Gesetz bearbeitet worden ist,

das ist bekannt. Der Schnapsbrot hat aber in dem Gesetz noch eine Lücke gelassen und die hat sich Herr L n t u c h t, auch Mitglied der Zentrale, zu Nutzen gemacht und hat sich für eine Erfindung von 50 000 M. geben lassen, indem er die Einführung für die Defen- und Melasseherstellung für sich ausnützte. (Hört, hört! links.) Wenn die Herren von der Zentrale merken würden, daß es ihrer Macht an den Krügen ginge, dann würden sie nach Steuern suchen, und man spricht ja schon von einer Flaschensteuer und einer Umsatzsteuer für Gastwirtschaften. 1909 wurde der Beschluß gefaßt, es dürfe der Alkohol nicht zu scharf vergällt werden. Das sollte der Bundesrat bestimmen, aber bis jetzt ist noch nichts erfolgt. Der Bundesrat hat erklärt, diese Angelegenheit befände sich noch im Stadium der Vorberatung, die Ausführungsbestimmungen über diese Frage seien noch nicht erlassen. (Hört, hört! links.) Die ganze Defungsvorlage wird von der Armee und Rot getragen, weil nur die indirekten Steuern zur Dedung herangezogen werden. Wenn man jetzt so viele Ueberflüsse hat, muß man erst Wichtigeres erfüllen: Die U l t e r e n t e muß heraufgehoben werden, die V e t e r a n e n müssen in ihren Bezügen erhöht werden. Man rechnet mit Ueberflüssen auf Jahre hinaus. Der Schatzsekretär weiß doch, daß neue Handelsverträge kommen und daß der Aufwuchs billigeres Brot zu schaffen und deshalb eine Herabsetzung der Zölle. Für die Militärvorlagen bewilligen wir nichts, aber wir verlangen, daß die indirekten Steuern und Verbrauchsabgaben beseitigt werden durch direkte Steuern. Herr S p a h n hat nun gemeint, die direkten Steuern in den Bundesstaaten würden von den Besitzenden aufgebracht. Das stimmt nicht: Die Einkommensteuer wird in den meisten Bundesstaaten gerade auch von den Armen aufgebracht; es gibt Bundesstaaten, die schon bei 300 bis 400 M. Einkommen mit der Besteuerung anfangen. Die kleinen Einkommen müßten freibleiben und dann die Steuerstränge nach oben angezogen werden. Die Arbeitervertretungen müssen darauf hinarbeiten, daß dem Kapitalistischen Staat keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diesen Staat aufrechtzuerhalten. Wer für das V o l l i s t, muß mit uns gegen die Dedungsbor- l a g e sein und für die Einführung einer Reichsvermögens- und Erbschaftsteuer zur Beseitigung der ungerechten Steuern! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Spahn (Zentr.) verliest eine Erklärung gegen die getrigge Erklärung des Kriegsministers über das Duell. Gegen diese Anschauung des Kriegsministers muß ich namens meiner politischen Freunde mit aller Energie protestieren (Särmischer Beifall im Zentrum und links.) Das Duell ist ein militärisches Verbrechen, aber aus dem Grunde unserer religiösen und unserer Rechtsauffassung. Der Kriegsminister stellt sich mit dieser seiner Äußerung außerhalb der Gesetze. (Särmischer Beifall im Zentrum und links.) Das Duell, wie das Militärgesetz verordnet, ist ein Verbrechen. Der Kriegsminister schießt den aus dem Offizierskorps aus, der dem Gesetz gehorcht. In der Kommission werden wir uns weiter sprechen. (Große Bewegung.)

Abg. Schweickhardt (f. Sp.) spricht gegen die Vorlage, die nichts als eine indirekte Steuer sei und viele Betriebe dem Untergange preisgeben würde. Wir verlangen die Aufhebung des Durchschnittsbandes und des Vergällungszwanges.

Abg. Graf Kosobowsky (b. l. Fr.): Die Landesverteidigung hängt nicht nur von der Heeresleistung, sondern auch von der Diplomatie ab, von der Gruppierung der Mächte. Deutschland ist ein Friedensvolk. Redner äußert Zweifel über die Wirksamkeit der augenblicklich beschlossenen finanziellen Mobil- machung und glaubt, daß man doch zu neuen Steuern werde schreiten müssen.

Abg. Götting (natl.) erklärt gegenüber der Rede des welfischen Abgeordneten, der anerkennendweise die Heeresvorlage annahm, aber leider das Flottengesetz ablehnte, daß hinter dieser Ablehnung die Wehrheit des hannoverschen Volkes nicht stehe.

Abg. Berner (Sp.) spricht die Zustimmung seiner Freunde gegen die Vorlagen aus.

Die Heeresvorlage und die Marinevorlage gehen an die Budgetkommission.

Abg. Bassermann (natl.) beantragt, die Dedungsvorlage einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Die Abstimmung macht Sammel sprung notwendig. Die Linke stimmt geschlossen für, das Zentrum und die Rechte gegen den Antrag. Der Sammel sprung ergibt die Annahme des Antrags mit 180 gegen 158 Stimmen. Die besondere Kommission ist also beschlossen.

Freitag 1 Uhr: Wahlprüfungen und Jesuiten-Interpellation. — Schluß 6¼ Uhr.

Kreisversammlung.

h. Karlsruhe, 25. April.

Im großen Rathaussaale fand heute die Kreisversammlung für 1912 des Kreises Karlsruhe statt.

Oberamtmann Dr. Guth-Bender eröffnete als stellvertretender Kreisvorsitzende die Sitzung. Als Vertreter der Regierung war Landeskommissar Flad anwesend.

Zum Vorsitzenden wurde Oberbürgermeister Siegriff (Karlsruhe), zum stellvertretenden Vorsitzenden Oberbürgermeister Habermeier (Pforzheim) gewählt. Danach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Nichtamtsrat B o e t h (Karlsruhe), der Vorsitzende des Kreisaußschusses, erlittete den allgemeinen Bericht. Nach demselben fanden im abgelaufenen Jahr 14 Sitzungen des Kreisaußschusses und 8 Sitzungen des Verwaltungsrats der Kreispflegeanstalt Sub statt. Die vorjährige Zusammenkunft der Kreisaußschüsse fand am 23. September in Lörrach statt. Es wurde dort insbesondere die Kreisdotationsbesprechung und festgestellt, daß derjenige Teil der Dotation, welcher sich als ein Ertrag des den Kreisen durch die Landarmenpflege erwachsenden Aufwands darstellen soll, sich immer mehr als ungenügend erweist, zumal, da die eingetretene Erhöhung der Verpflegungskosten der staatlichen Heil- und Pflegeanstalten sich in ihren praktischen Wirkungen als eine Minderung der Kreisdotations darstellt. Es wurde deshalb beschlossen, an die Regierung und die beiden Häuser des Landtags Eingaben zu richten, in welchen gebeten wird, „Es wolle durch eine entsprechende Minderung der bestehenden Gesetzgebung bewirkt werden, daß vom 1. Januar 1912 die Gesamtdotationssumme für die Landarmenpflege und deren Verteilung auf die einzelnen Kreisperiodisch alle sechs Jahre nach dem Höchstbetrag der in Betracht gezogenen nächst rückliegenden sechs-jährigen Periode festgesetzt und den Kreisen als jährliche Dotation überwiehen werde.“

Zur Frage der Kreisverfassung äußerte sich Hr. v. M e n t i n g e n. Redner berührte u. a. den Ausbau des Kleinbahnnetzes und die Elektrizitätserzeugung. Was das Murgkraftwerk anlangt, so könne man nicht warten, bis dieses strahlend aufleuchte, zumal es eine große Frage sei, ob der Landtag das Murgkraftwerk überhaupt genehmigt.

Rechtsanwalt Frey hält es für unbedingt erforderlich, daß der Kreis seine Aufgabe dahin erweitert, die Frage der Versorgung der Gemeinden mit Elektrizität ins Auge zu fassen und vielleicht selbst zu übernehmen und durchzuführen. Brauerdirektor M. O n i n g e r spricht der weiteren Ausdehnung des Genossenschaftswesens in den Landgemeinden das Wort. Man möge dafür sorgen, die Elektrizität den Landgemeinden zugänglich zu machen. Mit der Monopolisierung der Elektrizität jedoch kann sich Redner nicht einverstanden erklären. Stadtrat Ged: Die Regierung müßte alles tun, damit die Landgemeinden keine langfristigen Verträge mit Privatgesellschaften abschließen. Die Kreise sollen die organisatorische Versorgung der Gemeinden mit Elektrizität übernehmen. Der Betrieb der K l e i n b a h n e n läßt sehr viel zu wünschen übrig. Wir wären besser daran, wenn der Staat den Bau und Betrieb in die Hand genommen hätte und es wäre zu wünschen, daß die Kreisversammlung die Regierung ermahne, in Zukunft das System des Baus der Kleinbahnen durch Privatgesellschaften sich nicht weiter entwickeln zu lassen.

Stadtrat Dr. Haas weist auf die Schäden hin, die durch die Monopolisierung der Elektrizität entstanden sind. Oberbürgermeister Stritt (Bruchsal) gibt eine ausführliche Schilderung der im Ministerium des Innern abgehaltenen Sitzung über das Murgkraftwerk. Es folgte darnach die Berichterstattung über die von dem Kreisaußschuß eingebrachten Vorlagen. Es berichteten:

Kommerzienrat Dürr (Karlsruhe) über die Erziehung der Armenkinder. Er beantragte: Die Kreisversammlung wolle für Verpflegung ortsarmer Kinder in den Voranschlag für das Jahr 1912 den Betrag von 75 000 M. einstellen.

Kommerzienrat Dürr über die Verpflegung nicht-bollnüssiger und krippelhafter Kinder. Der Antrag lautet: Die Kreisversammlung wolle zur Gewährung von Beiträgen an Gemeinden für genannten Zweck in Anstalten den Betrag von 1 500 M. bewilligen. Sägewerksbesitzer Garisch (Bretten) über die Verpflegung armer Augenfranker. Es wurde beantragt: Es wolle im Voranschlag für das laufende Jahr für Verpflegung Augenfranker vorgeesehen werden: a) unter § 4 der Einnahmen 1 800 M., b) unter § 3 der Ausgaben 8 000 M.

Sägewerksbesitzer Garisch über Beihilfe zu operativen Kuren und Heilstättenbehandlung. Antrag: Es wolle im Voranschlag für 1912 vorgeesehen werden zu Beiträgen an Gemeinden: a) für operative Kuren 10 000 M., b) für Behandlung von Lungenkranken und Alkoholkranken in Heilstätten 1 000 M., c) zu Solbathuren für arme Kinder 1 000 M.

Bürgermeister Dr. Schweidert (Pforzheim) über die gesetzliche Armenpflege des Kreises als Landarmenverband. Der Antrag ging dahin: Es wolle im Voranschlag des Jahres 1912 zur Vertretung des Landarmenverbands der Betrag von 138 000 M. in Ausgabe gestellt werden.

Rechtsanwalt Boeck über die Kreispflegeanstalt Sub. Der Antrag des Ausschusses lautete: Die Kreisversammlung wolle 1. den ordentlichen Voranschlag der Kreispflegeanstalt Sub für das Jahr 1912 mit 224 300 M. Einnahmen, 218 500 M. Ausgaben genehmigen, 2. in den Voranschlag des Kreises unter § 30 der Ausgaben den Betrag von 17 210 M. einstellen.

Bürgermeister Redl (Eggenstein) über Arbeitslehrerinnen, Arbeitsschule, Haushaltungsunterricht. Der Antrag lautete: Die Kreisversammlung wolle zustimmen, daß unter § 9 des Voranschlags für das laufende Jahr vorgeesehen werden: 1. Beiträge an Gemeinden a) zur Ausbildung von Arbeitslehrerinnen 400 M., b) zur Einführung des Haushaltungsunterrichts an Stelle des Vorbildungsunterrichts für Mädchen 500 M., c) zur Veranstaltung von Ostberwertungskursen 200 M., 2. Beitrag für die Frauenarbeitschule in Pforzheim 600 M., 3. Beihilfen an Mädchen zum Besuch von Haushaltungsschulen innerhalb des Kreises Karlsruhe 200 M., zusammen 1 900 M.

Kommerzienrat Dürr über die Förderung des Kraneypflege wesens in den Landgemeinden. Es wurde beantragt: Es wolle in den Voranschlag für 1912 als Aufwand des Kreises für Landkrankenschwestern der Betrag von 2200 M. in Ausgabe gestellt werden.

Oberbürgermeister Stritt (Bruchsal) über die Förderung des Handwerks. Der Antrag über die Kreisausschüsse lautete: Es wolle in den Voranschlag des Jahres 1912 zum Zwecke der Förderung des Handwerks der Betrag von 2000 M. in Ausgabe gestellt werden.

Bürgermeister Dr. Reichardt über Kreiswanderlehrer und Förderung der Obstbaumzucht. Antrag: Die Kreisversammlung wolle für das Jahr 1912 bewilligen: für den Kreiswanderlehrer 5 850 M., für die Kreisbaumzucht 4 400 M., für Förderung des Obstbaues: a) Zuschüsse beim Bezug von Obstbäumen durch die landwirtschaftlichen Bezirksvereine 1000 M., b) Beihilfen an 200 M.

Bürgermeister Dr. Reichardt über die Förderung der Viehzucht aus Kreismitteln. Es wurde beantragt für diesen Zweck 6400 M. zu bewilligen.

Bürgermeister Dr. Reichardt über die Versicherung gegen Hagelschaden. Der Antrag ging dahin: Die Kreisversammlung wolle: 1. zustimmen, daß die aus den Amtsbezirken Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Karlsruhe und Pforzheim vorgezeichneten Personen der Bezirksversammlung der Norddeutschen Hagelversicherungs-gesellschaft zur Wahl als Schöher vorgezeichnet werden; 2. in den Voranschlag für 1912 für Hagelversicherungs-zwecke den Betrag von 8000 M. einzustellen.

Rechtsanwalt Boeck über Neubauten an Kreisstraßen. Es wurde der Antrag gestellt, für diesen Zweck die Summe von 16 488 M. zu bewilligen.

Rechtsanwalt Boeck über die Unterhaltung von Kreisstraßen. Der Kreisaußschuß beantragte: Die Kreisversammlung wolle 1. die vom Kreisaußschuß vorgeschlagenen Änderungen des Walzplanes für Kreisstraßen, 2. den Voranschlag über Unterhaltung der Kreisstraßen im laufenden Jahr mit 150 865 M. in Ausgabe, 48 447 M. in Einnahme genehmigen.

Rechtsanwalt Boeck über die Unterhaltung der Kreiswege. Bei dieser Position lautete der Antrag: Die Kreisversammlung wolle: 1. den vom Kreisaußschuß

beantragten Änderungen des Walzplanes für Kreiswege zustimmen, 2. den Voranschlag für Unterhaltung der Kreiswege im Jahre 1912 mit 365 525 M. in Ausgabe, 168 125 M. in Einnahme genehmigen.

Rechtsanwalt Boeck über die Hauptausbesserung und die Neuherstellung von Wegen. Der Antrag des Kreisaußschusses ging dahin: die Kreisversammlung wolle 1. folgende Beiträge für Wegverbesserungen bewilligen: a) der Gemeinde Weiler 1 367 M.; b) der Gemeinde Wöllersbach 400 M., 2. zustimmen, daß im Voranschlag für das laufende Jahr zur Zahlung aufgelaufener Beiträge 6 767 M. vorgeesehen werden.

St-Bürgermeister Kastner (Mörsch) über Beiträge zur Wasserversorgung der Gemeinden. Antrag: Die Kreisversammlung wolle zustimmen, daß als Beitrag zur Wasserversorgung der Gemeinde Kirchbach im Voranschlag für das laufende Jahr der Betrag von 10 000 M. vorgeesehen werde.

Rechtsanwalt Boeck über die Rechnungsergebnisse des Jahres 1911. Der Antrag des Ausschusses lautete: Die Kreisversammlung wolle die Abweichungen der Rechnungsergebnisse vom Voranschlag für das Jahr 1911 genehmigen.

Rechtsanwalt Boeck über den Voranschlag für das Jahr 1912. Er stellte namens des Ausschusses folgenden Antrag: Die Kreisversammlung wolle 1. den Voranschlag für das Jahr 1912 mit 344 026 M. in Einnahme, 878 860 M. in Ausgabe, 2. die Erhebung einer Umlage von 17,5 Pfennig von 1000 M. Steuerkapital genehmigen.

Sämtliche Anträge fanden die Genehmigung der Versammlung.

Es wurden sodann noch verschiedene Rechnungen und einige Wahlen erledigt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und der stellvertretende Kreishauptmann konnte die Kreisversammlung schließen.

Aus der Partei.

Kleinbach, 26. April. Morgen Samstag abend punkt 8 Uhr findet im „Ochsen“ Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Da noch betreffs des 1. Mai wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. Anstehend an diese Versammlung findet noch eine Metallarbeiter-Versammlung statt und werden die Mitglieder gut tun, frühzeitig zu erscheinen.

Kommunalpolitik.

Teutschneurt, 26. April. Die Bürgerauswahlgewahlen sind jetzt vorüber. Wir erhielten in der 2. Klasse noch 8 und in der 1. Klasse 4 Sitze, so daß wir jetzt insgesamt auf dem Rathause über 26 Sitze verfügen. Auf die Wahl selbst kommen wir noch zurück.

Adern, 26. April. Für die vollständige Erneuerungswahl des Bürgerauswahls sind die Wählerlisten aufgestellt und liegen von heute Freitag ab während 8 Tagen bei Rathschreiber G a r t m a n n im Rathause auf.

Aus dem Lande.

Durlach.
Sozialdemokratischer Verein. In der am Samstag Abend stattfindenden Mitgliederversammlung wird die städtische Voranschlagsberatung sowie einige andere wichtige Gemeindefragen behandelt werden. Ferner wird der Bericht von der letzten Wahlkreisversammlung gegeben. Die Parteigenossen werden erucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, insbesondere erwarten wir die möglichst vollständige Anwesenheit unserer Bürgerauswahlfraktion.
Pöden. Zu der Meldung in unserer Mittwochnummer, wonach je eine Familie hier und in Göttingen für podenanstellungsbedürftig erklärt worden sei, ist berichtigend mitzuteilen, daß in der auf der Durlacher Gemarkung gelegenen Halbenstraße bei Göttingen ein Podenfall vorkam; der Erkrankte ist seit 20. April isoliert.

Baden-Baden.
Selbstmord. Ein im hiesigen Krankenhaus untergebrachter Fabrikarbeiter beging Selbstmord, indem er eine ähnele Flüssigkeit zu sich nahm, die ihm so schwere innere Verletzungen zufügte, daß der Tod alsbald eintrat. Der Lebensmüde hatte vorher schon zweimal seinem Leben ein Ende zu machen versucht.
Straßenräuber. Gestern abend wurde einer Dame in der Vichtentaler-Allee von einem jungen Manne gewaltfam die Handtasche mit Inhalt entziffen. Der Täter soll, wie wir erfahren, bereits in Karlsruhe verhaftet worden sein.

Aus der Stadt.

*** Karlsruhe, 26. April.**
Sozialdemokratischer Verein.
Die Vierteljahrversammlung am letzten Mittwoch im „Auerhahn“ hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen, auch die Frauen waren zahlreich vertreten. Auf der Tagesordnung standen nur zwei Punkte: 1. Die Abrechnung von 3. Quartal 1911/12 und 2. Vortrag des Gen. Stadtrat Dr. Dieb über das „Arbeiterprogramm“ von Ferdinand Lassalle und seine geschichtliche Bedeutung.
Die Abrechnung gab der Kassier Gen. Krüger. Als erfreulich kann konstatiert werden, daß wiederum eine starke Mitgliederzunahme stattgefunden hat. An 300 neue Genossen und Genossinnen sind beigetreten, sodas am Ende des Quartals in Karlsruhe 1495 männliche und 210 weibliche, zusammen 1705 Personen eingeschriebene Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind. Mit Freude und Stolz konnte der Vorsitzende darauf hinweisen, daß wir mit raschen Schritten 2000 Mitglieder zu gewinnen. Der Kassenbestand und die Kassenverhältnisse sind gute. Zu mahnen ist nur, daß die Mitglieder die Extrabeiträge fleißiger zahlen mögen. Es sollte Ehrenpflicht eines jeden Genossen sein, hier seine Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Gen. Tr i n k s gab im Anschluß an diesen Bericht einen Heberblick über die Reichstagswahl im Kreise in finanzieller Beziehung.
Stadtrat Dr. Dieb ergriff sodann das Wort zu seinem Vortrage über Lassalles Arbeiterprogramm. Gen. Dieb wies darauf aufmerksam, daß das Programm ein Bild über die Entstehung des Arbeiterprogramms, über die damaligen Verhältnisse, die Lage der Arbeiterschaft usw. zu geben. Vor fünfzig

Jahren, am 12. April 1862, hat Ferdinand Lassalle vor den Maschinenbauern Nordberlins jenen Vortrag gehalten, der einige Monate darauf zur Gründung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins führte und weiterhin zur Gründung der sozialdemokratischen Partei geführt hat. Die Reden Lassalles hat eine ungeheure agitatorische Wirkung, vor allem auf die Arbeiterklasse, die neu zu uns kommen. Für den, der in der Bewegung steht, enthalten sie ja nichts Neues, sie sind ihm ein Werkzeug geworden. Und dennoch ist es auch für den, in der Praxis des Kleinlebens steht, Bedürfnis, einmal hinüber zu schauen in den Quell unserer sozialistischen Schriftsteller, aus diesem Jungbrunnen neue Kraft zu schöpfen und die Kleinen das Große, Gewaltige unserer Bewegung nahe zu lassen. Es ist das eine Art der Erbauungstunde für uns.

Wenn man die Bedeutung des Programms von 1862 für Lassalle vier Monate Gefängnis wegen Aufreizung beschloßen Klasse zum Haß gegen die Besitzenden, erhielt, würdigen, wenn man es hineinsetzt in den Rahmen der Programme, die überhaupt für unsere Bewegung maßgebend gewesen sind: das kommunistische Manifest 1847/48, Aufruf der Proletarier, ihre Ketten zu brechen; das Arbeiterprogramm 1862; die Vereinigung zu Gotha 1875 und das Erfurter Programm 1890. Arbeiterbewegung hat es immer gegeben, seit arbeitende Massen gibt. Seit Jahrtausenden waren die Arbeitenden bestrebt, ihre Lage zu bessern, das ist etwas Selbstverständliches. Mit Sozialismus hatte das aber nichts zu tun. Sozialismus ist keine Arbeitergründung. Der Sozialismus sagt: Die Not und das Elend sind da, auf der einen Seite sind die, die im Besitze der Produktionsmittel sind, und auf der anderen Seite stehen jene, die nichts haben als ihre Arbeitskraft. Es gibt einen Ausweg aus diesem Verhältnis zwischen Arbeitern und Kapitalisten, nämlich, wenn die Produktionsmittel der Gesamtheit zugänglich gemacht werden, wenn nicht mehr für den Einzelnen, sondern für die Gesamtheit produziert wird und der Nutzen der Gesamtheit ausfließt. Für die Arbeiter war das vor 70, 80 Jahren nicht so leicht einzusehen. Es waren zuerst Fabrikanten, Kaufleute, Großgrundbesitzer, Fourier, Saint Simon, Owen, in deren Schriften diese sozialistischen Gedanken auftauchten, es waren diese Männer die utopistischen Sozialisten, die zeigten, daß das Elend beseitigt werden kann. In die Arbeiter haben sich diese Leute nicht gewendet. Arbeiterbewegung und Sozialismus waren damals getrennt von einander. Es ist das große Verdienst von Marx und Engels, die in England und Frankreich den Sozialismus kennen gelernt hatten, erkannt zu haben, daß für die Zukunft zu erreichen ist, wenn die Arbeiterbewegung sich mit dem Sozialismus sich zu einem gemeinsamen Zusammenwirken einigen, zu einer Sozialdemokratie oder den Kommunisten, wie es damals hieß. Wenn alles nichts wäre, was Marx und Engels für die Welt und Wissenschaft geleistet haben, wenn ihnen alle Professoren nachweisen würden, daß ihre Theorien falsch sind: Es bleibt immer noch das Verdienst, Arbeiterbewegung und Sozialismus vereinigt zu haben. Das ist nicht aus der Welt zu schaffen, das ist die grundlegende Bedeutung des Jahres 1847/48.

1847 war die Zahl der Kommunisten gering, die Revolution war nicht geeignet, die Bewegung zu fördern. Was nach dem Niederfariatschen von 1848 übrig blieb, war die Angst des Bürgertums, die bis heute geblieben ist. 1849 haben die Arbeiter mit bei den ersten Kämpfen gestanden und als die Bewegung verloren war, da hat man ihnen die Prozesse gemacht, Kommunistenprozesse.

Die 50er Jahre waren die Jahre des Kirchhoffriedens, 1850/60, als im Anschluß an den 100jährigen Geburtstag Schillers ein Hervortreten liberaler Gesinnung zu bemerken war, begann es sich auch in der Arbeiterschaft zu regen, es herrschte aber hier öbliche Desorganisation. Von Sozialismus war nirgends mehr die Rede. Anfangs der 60er Jahre kam der Verfassungssieg in Preußen, der König und der Militarismus trugen den Sieg davon. Die Frage für die Arbeiterschaft war, wie sie sich zu dem Bürgertum stellte. Es gab zwei Möglichkeiten, entweder das Bürgertum stieg in dem Kampfe mit dem Königtum, dann wäre die Arbeiterschaft, wenn sie sich nicht beteiligt hätte, eine Null geblieben, so wie es bis vor kurzer Zeit bei der englischen Arbeiterschaft der Fall war. Oder aber das Bürgertum unterlag, dann wäre auch die Arbeiterschaft, auch wenn sie sich nicht gerührt hätte, mit unterlegen. Das welt-historische Verdienst Lassalles wars, die Situation erfasst zu haben. Es war nicht mit Marx' und Engels Einverständnis, als er mit seinem Programm vor die Arbeiter trat. Diese beiden glaubten, hinter dem deutschen Bürgertum stehe ein fester Wille. Sie glaubten, Deutschland sei noch lange nicht reif und hielten es für einen Fehler, zu jener Zeit mit dem Programm hervorzutreten. Wenn man an eine Fügung glauben könnte, so könnte man sagen, es war eine große Fügung, daß Marx und Engels damals im Ausland weilen mußten. Nur dort konnten sie die Entwicklung des Kapitals studieren. Lassalle hat den Moment ergriffen, er ist, ohne sich mit Marx und Engels zu verständigen, in den politischen Kampf getreten. Der Erfolg hat ihm Recht gegeben. Es gibt neben dem kommunistischen Manifest gar keine sozialdemokratische Schrift, die klarer und geeigneter sagt, was die Sozialdemokratie will.

Die Idee des Arbeiterstandes ist die Solidarität, aufgebaut auf der gemeinsamen Arbeit. Die Idee des Mittelalters war der Grundbesitz, der sich seit der Reformationszeit die Idee des Geldbesitzes angeschlossen, die sich volle Beachtung zu verschaffen wußte. Diesen gegenüber steht die Idee des Arbeiterstandes. Unsere Arbeit, die unregelt nichts bedeutet, die aber viel bedeutet, wenn sich die, die sonst nichts gelten, zusammenschließen. Der Grundgedanke der Idee heißt Solidarität. Dieser Idee muß der Sieg beschieden sein, weil in ihr sich alle Menschen betätigen können, während Grund- und Geldbesitz nur beschränkt bestehen können. Die Klasse der Arbeiterschaft kann das ganze Volk umfassen, während die Klasse der Grundbesitzer und Kapitalisten nur eine beschränkte Anzahl Köpfe umfassen kann. Die Konsequenz dieser Massenorganisation ist, daß diese das ganze Volk umfassende Klasse den Staat unter ihre Herrschaft bringen muß, der Staat muß so organisiert werden, wie es den Bedürfnissen der Gesamtheit des Volkes entspricht. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ist ein Mittel, um diesen Zweck zu erreichen. Der Staat, von dem Lassalle spricht, ist nicht der Staat von 1862 und nicht jener von 1912, sondern es ist der Staat, der unter die Idee des Arbeiterstandes gesetzt ist. Lassalle war ein Seher, er durfte sagen, daß der Kampf der Arbeiterschaft kein Krieg wie andere Kriege ist, sondern ein heiliger Kreuzzug. Es ist nicht ein weifenloses, vergänglich Programm, es ist das gleiche Programm, auf dem wir heute noch stehen. Lassalle ist nicht gestorben. Wir dürfen, von seiner Idee, um dem, was er uns gegeben, zu huldigen, nicht still auszuwandern, sondern müssen es befruchten, indem wir

treu un/est zur Sozialdemokratie uns bekennen. Der Redner schloß die trefflichen Ausführungen mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert eintrug. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Um 11 Uhr hatte die Versammlung bereits ihr Ende erreicht. Für die Genossen gilt es jetzt, zu rüsten für die nächste Zukunft. Auch diese muß eine gewaltige Demonstration der Arbeiterschaft werden, ein Bekennen Tausender zu den Ideen des Sozialismus, wie sie uns der Redner am Mittwochabend vorgetragen.

Die Revolbergeschichte.

Der Zentrumstagsabgeordnete Weiland hatte sich in der verflochtenen Sitzung der Stadtverordneten bekanntlich eine erhebliche Tätigkeit der freien Jugendvereinigungen — er sagte sozialdemokratischen — kritisiert und erzählte mit Pathos, daß der Gewerbelehrer in der Tasche eines genannten Vereinigung angehörigen Schülers einen Revolver gefunden habe. Damit argumentierte der Herr, daß die Jugend in der freien Vereinigung nicht erzogen werde und zu wenig Mäßen besitze, konnte aber weder einen Namen nennen, noch sonst nähere Angaben machen, was für sein Vorgehen gewiß bezeichnend ist. Wir gingen nun der Sache an, welcher wirklich etwas Wahres ist, nach, und siehe da, Herr Weiland hatte recht, es wurde bei einem Gewerbeschüler, resp. zwei, Revolver gefunden, leider waren die beiden aber nicht Mitglied der „sozialdemokratischen“ Jugendorganisation. Der eine davon hat seine Erziehung im katholischen Junglingsverein der Südstadt genossen und ist jetzt Mitglied der Jugendabteilung des christlichen Metallarbeiterverbandes, beide sind Organisationsleiter, in welchen die unverfälschten Heilswahrheiten gelehrt und der Jugend Mäßen beigebracht wird!

Wir würden nun den ganzen Vorgang lediglich als eine Entgleisung des Herrn Weiland betrachtet haben, da die Angelegenheit durch die Bemerkung des Herrn Bürgermeisters Dr. Kleinschmidt: „man dürfe nicht jeden Dummhungerstreich einer Organisation anhängen“, eigentlich erledigt gefunden hat, wenn nicht nachträglich der „Badische Beobachter“ sich auf den Standpunkt gestellt hätte, daß man wohl für die Dummhungerstreiche die Organisation verantwortlich machen könne. Wie denkt der „Bad. Beobachter“ jetzt über die Sache?

Die niedere Art, wie der „Beob.“ die Angelegenheit auszuwickeln vermag, indem er schreibt: „Eine bezeichnende Antwort gab Bürgermeister Kleinschmidt zu der Sache: Es seien wohl in letzter Zeit zwei unerfreuliche Fälle in der Gewerbeschule vorgekommen, aber man dürfe doch nicht jeden Dummhungerstreich der Organisation zur Last legen! So „bekämpft“ man in Karlsruhe die sozialdemokratische Jugendbewegung!“ richtet sich von selbst. Und das ist nun die „anständige“ Presse!

Jugendausflug.

Als in allen Teilen wohl gelungen können die in letzter Zeit vom obigen Ausflugs veranstalteten Ausflüge bezeichnet werden. Die Natur und ihre Pracht, insbesondere zur Frühjahrszeit, laden erfreulicherweise auch die jungen Proletarierherzen hinaus, um sich dorten zu erholen und erholen. Aus diesem Grunde wurden auf Ostern zwei Ausflüge bestimmt, eine Zweitages- und eine Tagesstour, welche beide eine gute Beteiligung aufwiesen. Die Zweitagesstour ging per „Bähnli“ bis Marzell, von dort unter Sang und Klang durch herrliche grüne Täler, über den Ort unter dem Namen Döbel zu, von hier in das reizende Ebnatal, dann Ebnatal, Engtal, Kalmthal, nach ca. 2 1/2 Stunden wurde das Ziel des ersten Tages, Oberreitersbach, erreicht, wo uns im „Sirsch“ nicht nur ein gutes Quatier, sondern auch ein vorzügliches Abendessen zu nächstgenäherten Preisen bereit gehalten wurde. Untermwegs wurde selbstverständlich das notwendige Material nicht veräußert. Daß hierbei die Kochapparate in Funktion waren, soll nicht unerwähnt bleiben, denn diese waren selbst zubereitetes Essen — noch deren Folgen Ausflugs — so gut als bei Mutter.

Nach vorzüglichem Schlaf führte uns der Morgen quer in das reizvolle Mithenbachtal nach Bad Teinach, dessen herrliche, armutige Lage nicht genug beschildert werden kann. Die Ruine Jochenstein wurde ebenfalls besucht und von hier aus ging es auf den Zug nach Calw, um wieder der Heimat zuzufahren.

Die Tagesstour führte auf den Malsberg, wo die Jugendfreunde des Murgtales die ersten fröhlichen Treiben. Bald entwickelte sich auch ein recht fröhliches Treiben. Von hier aus wurde gemeinsam dem Bergsteigen zugestiegen, wo größere Rast gemacht und abgewartet wurde. Nur so bald mußte aufgegeben werden, um nach Herrenalb zu gelangen und von dort aus per Bähnle die Rückreise anzutreten. Fröhlichkeit und guter Humor waren das Signum, das während des ganzen Ausfluges zu beobachten war.

So verliefen beide Ausflüge aufs allerbeste und daß Zufriedenheit darüber herrschte, ging aus dem einhelligen Wunsch heraus, recht bald wieder eine Tour zu veranstalten, den zu erfüllen sehr gerne versprochen wurde.

Nun hatte die Erfüllung dieses Wunsches einen Hafen nach der finanziellen Seite hin. Will man eine schöne Tour machen, so kostet diese schon ziemlich naheliegender. Wohl hatte der Jugendausflug Reisepartien errichtet, von denen nach Möglichkeit auch Gebrauch gemacht wird, aber wie soll ein Lehrling etwas erparieren, wenn er blutwenig einnimmt? Doch das Hindernis wurde dadurch überwunden, indem Freunde unserer Sache hier helfend eintraten, so daß es möglich wurde, wieder eine Wanderung vornehmen zu können, zu der jedem jugendlichen Teilnehmer die Hälfte der Eisenbahnticket entrichtet werden konnte. Diese Tour fand am letzten Sonntag unter Führung von Herrn Stadtrat C. Ged. statt. In stattlicher Anzahl fanden sich die jungen Freunde sowie Förderer unserer Sache ein und, wenn Schreiber dieser Zeilen nicht irren sollte, so hat sich bei der Abfahrt auch die — Geheimpolizei für uns interessiert. Als Reiseziel war die Badener Höhe ausersehen. Von Baden-Baden aus, wo u. a. die Trinkhalle, Sommeranlagen ufm. einer Besichtigung unterzogen wurden, ging der Richtener Allee entlang nach Seebach, Scherhof, zum Badener Sattel. Um 1 Uhr war der Turm der Badener Höhe erreicht, von wo sich eine schöne Aussicht bot. Nachdem Rast gemacht und die nötige Stärkung vorgenommen wurde — auch die Kochapparate taten wieder ihre Schuldigkeit — unterhielten sich die Teilnehmer mit Herz und Gemüt erfreuend und der Gesundheit fördernden Turnspielen, bis der Rückmarsch angetreten wurde, der über die herrlichen Geroldsauer Wasserfälle und von dort nach Baden führte, von wo aus das Dampfboot die Teilnehmer nach Karlsruhe brachte.

Man hörte nur Worte der Befriedigung über das Gesehene und Gesehene. Wir wollen nicht unterlassen, auch unseren Freunden zu danken für ihre Opferwilligkeit. Mögen aber auch die Arbeiterkassen hieraus wieder ersehen, daß die Arbeiterkassen selbst mächtig ist, für ihre jungen Mitarbeiter zu sorgen

und daß sie nicht auf das Gnadengesicht von Militärs, Kommerzienräten usw. angewiesen ist, ihre Kinder an Ausflügen teilnehmen lassen zu können, denn was von dieser Seite kommt, müssen die jungen Proletarier wieder mit Zins und Zinseszins zurückbezahlen. Der einzige Zweck ist doch nur, durch solche Mittel die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen zu geübigen Werkzeugen des Kapitals zu machen und sie von den Arbeiterorganisationen fernzuhalten. Deshalb Arbeiterkassen sind gute Söhne nicht zu solchen von den ärgsten Scharfmachern subventionierten Vereinen, sondern sendet sie zu den Veranstaltungen des Jugendausflusses der organisierten Arbeiterschaft, zu welcher auch Sie gehört.

Violinunterricht.

Zurzeit fühlt ein Berliner Musikhaus Joseph Berger u. Co. den Beruf in sich, in Karlsruhe dem Geigenpiel eine möglichst große Verbreitung zu verschaffen. Agenten ziehen von Haus zu Haus und erziehen die Eltern, ihren Kindern billigen Unterricht im Violinpiel geben zu lassen. Es werden den Leuten die schönsten Versprechungen gemacht. Eine große Anzahl Karlsruher Bürger, besonders Arbeiter, haben sich durch diese Ueberredungskünste dazu verleiten lassen, einen Vertrag zu unterschreiben. Sofort änderte sich das Bild. Aus dem schmeicheleichen, um die Verbreitung des Geigenpiels so besorgten Musikfreund wurde der rücksichtslose Geschäftsmann, der mit unerbittlicher Härte die Gelder einzutreiben sucht. Höhnisch werden die Leute auf den Vertrag, unter dem ihr Name steht, vertiesen und mit freundslichem Spott werden sie gebeten, die Firma — in Berlin-Mitte zu verfluchen. Es gingen uns über das Geschäftsgebahren der Firma eine ganze Reihe Beschwerden zu, so daß es nötig erdiente, einmal energig gegen das Unternehmen, dem es nach allem, was wir gehört, nur darum zu tun ist, möglichst viele Geigen loszuschlagen, vorzugehen.

Wir fordern deshalb alle Leute, die sich durch das Gebahren der fraglichen Firma benachteiligt fühlen, auf, unverzüglich unter Vorlage ihrer Verträge sich am Arbeitersekretariat zu melden, zwecks einem gemeinsamen Vorgehen.

Das Bad. Wander-Tuberkulose-Museum.

Die täglichen Führungen durch das Museum sind folgendermaßen arrangiert:

22.—28. April: Montag 5—6 Uhr Dr. Brian (Vinzentius-Verein), 6—7 Uhr Dr. Hens. — Dienstag 11—12 Dr. Eisenlohr, 12—1 Dr. Riese, 5—6 Dr. Roth (Anstalten Abt. 1), 6—7 Dr. Seidingsfeld. — Mittwoch 10—11 Dr. Claus, 12—1 Dr. Arnspenger, 5—6 Dr. Rosenbergl. — Donnerstag 11—12 Dr. Eisenlohr, 12—1 Dr. Molitor, 5—6 Dr. Rosenbergl. — Freitag 11—12 Dr. von Döbel, 12—1 Dr. Riese, 5—6 Dr. Seidingsfeld, 6—7 Dr. Hens. — Samstag 11—12 Dr. Matner, 5—6 (Goethestraße), 6—7 Dr. Schiller. — Sonntag 11—12 Dr. Paull, 3—4 Dr. Eberle.

29. April bis 5. Mai: Montag 10—11 Uhr Dr. Claus, 5—6 Dr. Brian, 6—7 Dr. Baumstark. — Dienstag 11—12 Dr. Eisenlohr, 12—1 Dr. Riese, 5—6 Dr. Roth (Anstalten Abt. 2), 6—7 Dr. Rosenbergl. — Mittwoch 12—1 Dr. Arnspenger, 5—6 Dr. Schmidop (Goethestraße), 6—7 Dr. Baumstark. — Donnerstag 12—1 Dr. Molitor, 6—7 Dr. Kander. — Freitag 10—11 Dr. Kraus, 6—7 Dr. Ellinger. — Samstag 6—7 Dr. Kander. — Sonntag 11—12 Dr. Paull. — 3—4 Dr. Eberle, 6—7 Uhr Dr. Levinger.

6.—9. Mai: Montag 10—11 Uhr Dr. Claus, 5—6 Uhr Dr. Brian, 6—7 Uhr Dr. Baumstark. — Dienstag 6—7 Dr. Baumstark. — Mittwoch 6—7 Dr. Ellinger. — Donnerstag, 9. Mai, abends 7 Uhr, Schluß der Ausstellung.

Verband der Buch- und Steinruderei-Gitarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ortsverwaltung Karlsruhe. Am 23. d. M. eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der der Bauvorstand Koll. Tiede aus Berlin über das Verbot referierte: Warum hat der Bauvorstand zu den Karlsruher Prinzipalsverordnungen keine Zustimmung verweigert. Gauleiter Werner-Stuttgart sprach über: „Unsere nächsten Aufgaben“. Allgemein wurde der Standpunkt der hiesigen Buchrudereibetriebe beurteilt, da dieselben dem Ortsvorstand, Kollege Streicher, ein Ultimatum vorlegten, innerhalb drei Tagen eine schriftliche Erklärung abzugeben, welche verlangte, den vor fünf Jahren abgeschlossenen Minimallohn von 21 Mk. für die männlichen und 18.50 Mk. Minimallohn von 21 Mk. für die weiblichen Arbeiter auf weitere fünf Jahre wieder abzurufen. Eine am 20. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung hat allerdings eine 7/10-prozentige Lohnzulage, welche seitens der Prinzipale angeboten worden, angenommen, aber damit nicht zum Ausdruck gebracht, daß man gewillt sei, auf lange fünf Jahre hinaus damit zufriedenzustellen. Enttäuschung als es herangezogen, als von Seiten des Ortsvorstandes berichtet wurde, daß die 7/10 Proz. Lohnzulage eventuell wieder angenommen werden sollen. Die am Ort beschäftigten Buchrudereibetriebe und Arbeiterinnen werden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, bessere Lohnverhältnisse zu schaffen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute versammelten Kollegen und Kolleginnen erklären ihr volles Einverständnis mit dem Standpunkt des Ortsvorstandes, durch den die von den Prinzipalen einseitig beschlossenen äußerst geringen Lohnzulagen und die Beibehaltung der alten allgemeinen Bestimmungen als Tarif unannehmbar abgelehnt sind. Die einseitige Prinzipalsvereinbarung enthält keine Erhöhung des Minimallohnes, sondern gibt Zulagen, die keine Sicherheit der Lohnpositionen bedeuten. Da die Karlsruher Kollegen keine Tarif hat, wird sie zur geeigneten Zeit mit Einigkeit und Entschlossenheit für weitere Lohnverbesserungen eintreten.“

Ortskrankenkassen. Die in den letzten Tagen stattgehabten Generalversammlungen der Ortskrankenkassen der Dienstboten, der Handlungsgehilfen, der Bäder und der Metzger befaßten sich neben sonstigen Verhandlungsgegenständen auch mit dem projektierten Neubau eines Verwaltungsgebäudes durch den Krankenkassenverband auf dem Anwesen Gartenstraße Nr. 14/16 hier, im ungefähren Gesamtaufwand von 400 000 Mk. Nachdem die anscheinliche der Ortskrankenkassen, der Bauvorhaben ihre Genehmigung vor mehreren Wochen dem Bauvorhaben einmütig zustimmten und daß nun die noch zu erledigenden Vorarbeiten nach Möglichkeit beschleunigt werden, um den Bau alsbald in Angriff nehmen zu können. Das neue Heim des Verbandes soll bereits in Jahresfrist bezogen werden, da bis dahin die bisherigen Geschäftsräume im Rathaus genügend sind.

Zigarettenliebhaber. In der Zeit vom November v. J. bis 18. d. M. wurden aus einem Lagerraum, Manfarte Ritterstraße 13—17, mittels Nachschlüssel 52 100 Zigaretten, Manfarte Blaufrumpf, Flach mit Gold, und 7300 Stück, Manfarte Rauchreif, Flach mit Gold, in Verpackungen zu 25 und 100 Stück, im Gesamtwerte von 1016 Mk. gestohlen.

Selbstmordversuch. Gestern Abend verletzte sich ein 18 Jahre alter Chauffeur aus Landau auf dem Schloßplatz bei der Adlerstraße durch einen Revolverbeschuß in die rechte Stirnseite lebensgefährlich.

Gerichtszeitung.

Die 45 Kollmerianer vor der Berufungsinstantz.

Am Mittwoch kam die Berufung des Geschäftsführers Gen. Dr. Gama n vom Pforzheimer Metallarbeiterverband gegen das Urteil des Schöffengerichts vom 22. Dezember v. J., das ihn zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt hatte, vor der Karlsruher Strafkammer zur Verhandlung. Das Gericht wies die Berufung zurück, jedoch also Gen. Gama n die 4 Wochen Gefängnis behält. Wir kommen auf die Verhandlung noch zurück.

Neues vom Tage.

Großfeuer.

Ludwigsbafen, 24. April. Ein mächtiges Schadenfeuer brach heute abend 11 Uhr in der Korkfeinfabrik von Grünweg u. Hartmann an der Summoldstraße im Stadtteil Genshof hinter dem Eisenbahnviadukt aus. Es brannte das große von der dicht vorbeiziehenden Eisenbahn aus sichtbar gewesene Korklager. Mit unheimlicher Schmelzigkeit dehnte sich der Brand über das zirka 350 Meter lange Lager aus und machte mächtige Flammengarben gegen den Nachthimmel, der weithin glühend erleuchtet war und den Rhein in ein rosfarbenes Licht tauchte. Die umliegenden Straßen waren taghell erleuchtet. Die sämtlichen Kampagnen der Ludwigsbafener Feuerwehr und die Fabrikfeuerwehren der umliegenden Fabriken wurden alarmiert und erschienen bald auf dem Brandplatz, den Brandherd selber zu bekämpfen, war jedoch vergebliche Mühe, die Tätigkeit der Feuerwehr richtete sich nur auf die Kalfizierung des Brandherdes, denn es bestand furchenlang die größte Gefahr, daß das Feuer auf die eigentlichen Fabrikgebäude mit großen Leermengen übergegriffen würde. Auf der anderen Seite liegen die Fabriken von Lippmann u. Birnbaum und die Chamottefabrik, die weniger gefährdet erschienen, da ein schwacher Ostwind herrschte. Wäre Nordwind gewesen, dann wäre auch für die ausgedehnten Fabrikgebäude keine Rettung mehr, über die fortwährend sich ein Hundsturm erhob. Erst gegen Morgen konnte der Brand als bewältigt gelten. Während der ganzen Nacht war der Brandplatz von Tausenden von Menschen umlagert. Der Schaden ist sehr bedeutend, doch durch Versicherung gedeckt.

Nord-Wölfe.

Bonn a. Rh., 24. April. Im Godesberg hat der 16jährige Gehilfe Müller eines dortigen Juweliers seinen 21jährigen Kollegen durch einen Revolverbeschuß getötet. Beide hatten noch am Abend vorher friedfertig zusammen im Turverein getrunkt. Als dem jungen Müller andern Tags von seinem Meister gekündigt wurde, nahm er an, daß sein Mitangelegter daran schuld sei. Nach Geschäftsschluß kam es zwischen beiden Gehilfen zu einer heftigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf Müller auf seinen Arbeitsgenossen drei Schüsse abgab, von denen einer den Fliehenden in den Rücken traf und auf der Stelle tötete. Müller war nach der Tat völlig gebrochen und ließ sich ohne Widerstand verhaften.

Flieger-Abitur.

Berlin, 24. April. Bei einem Flugversuch mit einem Helelin-Eindecker stürzte der frühere Garde-Pilot Gasser heute morgen in Johannistal ab. Der Apparat wurde total zertrümmert, der Flieger erlitt schwere Verletzungen und wurde nach dem Kreisranthause Briß gebracht.

Unschuldig im Zuchthaus.

Dresden, 24. April. Im Zuchthausverfahren wurde gestern der ehemalige Schutzmann Henke freigesprochen. Er hat unschuldig eine Zuchthausstrafe von mehreren Jahren wegen Mißhandlung verbüßt. Auf dem Sterbebett geizend seine Tochter, daß sie auf Veranlassung ihrer Stiefmutter, die von Henke fort wollte, seinerzeit eine falsche Aussage gemacht habe.

Eisenbahndiebe.

Hannover, 24. April. Ein gestern mit dem D-Zuge von Leipzig eingetroffener Reisender bemerkte nach seiner Ankunft auf dem hiesigen Bahnhof, daß ihm seine Briefstapsche mit mehreren tausend Mark in Papiergeld und 500 Mk. in Wertpapieren abhanden gekommen war. Der Dieb hatte dem Reisenden die innere Westentasche aufgeknöpft.

Auto-Abgehen.

Paris, 24. April. Ein Anarchist löste durch mehrere Revolvergeschüsse den Chef des Sicherheitsdienstes, Nonin, und vermundete einen Gendarmen-Brigadier. Die Beamten hatten in Paris in Sachen der Automobil-Abgehen Bonnot und Garnier bei dem Anarchisten eine Hausdurchsuchung abgehalten.

Unfall bei der Kriegsflotte.

Saknis, 24. April. Torpedoboot S. 113 ist bei einem Durchbruchmanöver gestern mit dem Panzerkreuzer „Friedrich Karl“ zusammengestoßen. Der vordere Teil des Torpedobootes wurde in der Längsseite ca. 15 Meter zusammengedrückt und rechtwinklig nach Steuerbord umgebogen. Der Mannschaftsraum lief voll Wasser. Personen wurden nicht verletzt. Das beschädigte Boot wurde von dem Torpedoboot S. 111 in den Hafen geschleppt.

Engländerfall.

Mailand, 24. April. Am Montag mittag mietete Graf Schwerin und Frau, die seit einigen Tagen in Palaggio weilten, ein Boot, um eine Fahrt auf dem Comer See zu unternehmen. Das Ehepaar kehrte nicht zurück. Erst gestern morgen wurde das umgekehrte Boot aufgefunden. Beide sind ertrunken.

Russisches.

Petersburg, 24. April. Die faktischen Revisionen bei der Kreditgenossenschaftskasse in Nikolajew ergab Unterschlagungen in Höhe von 3 Millionen Rubel. Der Hauptschuldige, der Vorsitzende des Vorstands, Reichsratskandidat Blafelitz, hat die Unterschlagungen eingestanden. Die Angelegenheit wurde dem Staatsanwalt übergeben.

Zur Titanic-Katastrophe.

London, 24. April. Die Subscription für die Hinterbliebenen der Opfer der Titanic-Katastrophe erreichte gestern bereits 5 Millionen Mark. Im Nord der Olympia sind jetzt 40 weitere Rettungsboote angebracht worden, jedoch nunmehr im Falle einer Katastrophe sämtliche Passagiere und Mannschaften in Rettungsbooten aufgenommen werden können.

Wasserstand des Rheins.

26. April. Schutterinsel 1.38 m, gef. 2 cm, Kehl 2.20 m, gef. 1 cm, Marau 3.61 m, gef. 3 cm, Mannheim 2.75 m, gef. 5 cm.

Geschäftliches.

Schwächliche Kinder vertragen die Kuhmilch besser mit einem Zusatz von „Rufete“, welches leicht verdaulich ist und den Nährwert der Milch erhöht.

Seite 7
Gewe
Ein gl
am Mit
beim wu
erhielten
Jahren, al
lichen erchi
10 Stimm
drei Jahre
schafften er
3 gegen 5
Berli
gefiern ab
sammlungen
Der C
Frankf
schlags-Aus
schlossen, ob
fragen, ob
bürgermeist
bei einer L
Postens b e
Die C
Wien
wählten im
zialdemokra
sind entgült
1. Deutsch
der Christl
lieren 3, i
Freiwillig
Die
L o n d o
schiff der „

Letzte Nachrichten.

Gewerbegerichtswahlen in Mannheim.

Ein glänzender Sieg der freien Gewerkschaften. Bei den am Mittwoch stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen in Mannheim wurden im ganzen 11 989 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die freien Gewerkschaften 10 398 gegen 828 vor drei Jahren, also eine Zunahme von 3578 Stimmen. Die Christlich-Sozialen erhielten 1008 gegen 1108 vor drei Jahren, also weniger 10 Stimmen; die Christlich-Sozialen erhielten 481 gegen 588 vor drei Jahren, also weniger 107 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten somit 30 Sitze gegen 28 bisher. Die Christlichen 3 gegen 5 und die Christlich-Sozialen behielten ihre 2 Sitze.

Gegen den Rüstungskoller.

Berlin, 26. April. Gegen die Wehrvorlagen wurde gestern abend von etwa 12 000 Sozialdemokraten in 17 Versammlungen zu Groß-Berlin Protest erhoben.

Der Oberbürgermeisterposten in Frankfurt a. Main.

Frankfurt a. M., 25. April. Der Magistrats-Wahlvorstand hat vorgeschlagen, den Oberbürgermeisterposten in Frankfurt a. M. auf 10 Jahre zu verlängern, beim früheren Reichsstadtschreiber Dr. v. Muth anzusetzen, ob er geneigt wäre, die Stelle des Frankfurter Oberbürgermeisters anzunehmen. Wie verlautet, hätte sich Muth bei einer bereits erfolgten Sondierung zur Annahme des Postens bereit gezeigt.

Die Gemeinderatsstichwahlen in Wien.

Wien, 25. April. Bei den heutigen Gemeinderatsstichwahlen im 4. Wahlkörper wurden 7 Christlich-Soziale, 3 Sozialdemokraten und 1 Deutsch-Freiwirtschaftler gewählt. Mitin sind endgültig 11 Christlich-Soziale, 9 Sozialdemokraten und 1 Deutsch-Freiwirtschaftler gewählt. Im 1. Wahlkörper unterlag der Christlich-Soziale Dietrich. Die Christlich-Sozialen verlieren 3, die Sozialdemokraten gewinnen 2 und die Deutsch-Freiwirtschaftlichen gewinnen 1 Mandat.

Die Besetzung der Olympia streikt.

London, 25. April. Als gestern mittag das Schwesterschiff der „Titanic“, die „Olympia“, von Southampton mit

1400 Passagieren an Bord nach New York abampfen sollte, weigerten sich, nachdem das Abfahrtszeichen schon gegeben war, plötzlich 300 Mann der Besatzung, meistens Heizer, mitzufahren, weil das Schiff nicht ausreichend mit Rettungsbooten versehen sei. Obwohl mehrgle Diktatoren anderthalb Stunden lang auf die Leute einredeten, waren sie nicht umzustimmen. Zwar setzte sich das Schiff endlich in Bewegung, aber die zur Fahrt Unlustigen wurden in Cowes ausgeschifft. Die „Olympia“ liegt nun dort auf der Reede vor Anker. Sie kann nicht eher abfahren, bis sie die Besatzung ergänzt hat.

Das Judengemetzel in Fez.

Fez, 25. April. 7000 Juden, die bei dem Blutbad in Mekka entkamen, suchten halbnackt in den Gärten des Sultans Zuflucht, wo sie sich ohne Obdach befinden. Einige fanden in den leeren Käfigen der Menagerie des Sultans Unterschlupf. Man ist jetzt beschäftigt, Sitze zu errichten. Während des Aufstandes wurden 51 Juden getötet und 36 verwundet.

Paris, 25. April. Der französische Gesandte in Fez begab sich gestern nachmittag in das Judenviertel, das er in einem belagerten Zustand vorfand. Die Rebellen haben nicht gekümmert um einen Teil des Judenviertels nachher angezündet. 550 Tote sind in diesem Viertel aufgefunden worden. Sonst scheint in Fez jetzt die Ruhe wieder hergestellt zu sein. General Moinier hat um die Ermächtigung gebeten, den Belagerungszustand über die Stadt zu verhängen. Diese Ermächtigung ist ihm sofort erteilt worden.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Deutscher Arbeiterfängerbund, Gau Baden, Bezirk Karlsruhe.) Den verehelichten Bezirksvereinen zur Nachricht, daß von heute ab im Lokal zum „Auerhahn“, Schützenstraße 58, zwei Chorübungen zum Abholen bereit liegen. Wir bitten die Vereinsvorstände, dies baldigst zu bewerkstelligen. 7415

Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts“.) Heute abend nach Schluß der Singstunde: Mitgliederversammlung. Stellungnahme zur Gau-Generalmembersammlung. 7471

Karlsruhe-Mühlburg. (Gesangsverein „Bruderverbund“.) Heute abend punkt 1/2 11 Uhr: Probe. Nach derselben Stellungnahme zur Gau-Generalmembersammlung. 7472

Karlsruhe. (Gesangsverein „Freiheit“.) Heute Freitag wie der Singstunde im Vereinslokal. Beginn punkt 9 Uhr.

Karlsruhe. (Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch-Auf“.) Sonntag, 28. April: Beteiligung an der Bezirksausfahrt. Abfahrt 1/2 11 Uhr vom Lokal. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht aller Bundesmitglieder. 7463

Durlach. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Linde“ Versammlung mit Vortrag über Unfallversicherung. Referent Kollege Friedrich Döhmer. 7456

Durlach. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Krone“ Versammlung mit Vortrag über Unternehmensorganisation. Referent Kollege G. Dagemann. 7455

Durlach. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag, den 28. April, mittags 1 Uhr, in der „Mose“ Versammlung mit Vortrag über die Krankenversicherung. Referent Kollege Georg Hausch. 7455

Meinhardt. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Ochsen“ Versammlung mit Vortrag über das gewerbliche Recht des Arbeiters. Referent Kollege L. Rüdert. 7455

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 27. April, abends 1/2 11 Uhr, im „Schwanen“: Mitgliederversammlung. Bericht von der Vorstandsbearbeitung und sonstige Gemeindefragen. 7468

Meinhardt. (Sozialdem. Verein.) Sonntag mittags 1/2 11 Uhr findet im Gasthaus zur „Schwanen“ unsere Monatsversammlung statt. Herr A. Jod aus Gröbzingen wird referieren. Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen. Mitgliedsbücher nicht vergessen. 7467

Maschinen- und Heizer-Verein. Versammlungen finden statt: am Samstag, 27. ds. Mts., abends 1/2 11 Uhr, im „Bratturplöckle“ in D. Baden; am Sonntag, 28. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, im „Kreuz“ in Dürmersheim und am Sonntag, 28. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, im „Arbeiter“ in Rastatt. 7469

Neuburgweiler. (Sozialdem. Verein.) Sonntag, 28. April, mittags 2 Uhr: Mitgliederversammlung im „Adler“. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig. 7464

Bekanntmachung.

Die Wahl des Stiftungsrates der Rudolf Naquot'schen Stiftung betr. Bei der heute durch den Bürgerausschuß vorgenommenen Wahl von vier Mitgliedern des Stiftungsrates der Rudolf Naquot'schen Stiftung wurden gewählt:

1. Herr Anton Knörzer, Geistlicher Rat,
2. Herr Ernst Siebold, Rechnungsrat,
3. Herr Friedrich Bloß, Stadtrat,
4. Herr Josef Dengel, Kassendiener.

Die Wahlakten liegen vom 27. April ds. Js. an während 8 Tagen im Rathhaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 66, zur Einsicht der Wahlberechtigten auf.

Etwasige Einreden oder Beschwerden gegen die Wahl müssen innerhalb dieser Frist bei dem Bürgermeisteramt oder dem Groß-Bezirksamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel angebracht werden. Karlsruhe, den 24. April 1912.

Der Oberbürgermeister
Stegriß. Reudert.

Für morgen

Samstag

gewähren wir auf sämtliche

Herrenartikel

Strumpfwaren

Schuhwaren

Handschuhe

Trikotagen

Doppelte Rabattmarken

Von dieser ansserordentlichen Vergünstigung bitten wir Sie ausgiebigen Gebrauch zu machen. 7475

Geschw. Knopf

Ortskrankenkasse Durlach.

Zur statutenmäßigen, ordentlichen

General-Versammlung

werden deren Mitglieder auf Donnerstag den 23. Mai d. J. abends 8 Uhr, in den Rathhaussaal eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Ersatzwahl für ausgeschiedene Generalversammlungsmitglieder.
2. Geschäftsbericht und Abnahme der Rechnung 1911.
3. Einführung einer Familienversicherung.
4. Behandlung von etwa eingehenden Anträgen, welche bis 14. I. Mts. schriftlich und von 10 Mitgliedern der Generalversammlung unterzeichnet an den Vorstand einzureichen sind.

Durlach den 26. April 1912.

Der Vorstand:
Girsgauer. 7456

Stadtgarten.

Heute Freitag, den 26. April, 3 1/2 Uhr nachmittags,

Militär - Konzert

(Opern- und Operettenmusik)

gegeben von der Kapelle des

Feld-Artillerie-Regiments Großherzog

(1. Badisches Nr. 14).

Leitung: Königl. Obermusikmeister H. Riese.

Eintritt: Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenheften 30 Pfg. Sonstige Personen 60 Pfg. Soldaten und Kinder je die Hälfte.

Programm 10 Pfennig.

Die Musik-Abonnementkarten haben Gültigkeit. Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Damenmoden

Frau Anna Birg

Kronenstr. 17a Karlsruhe Kronenstr. 17a

aussergewöhnlich billige Preise

stets das Neueste das Vornehmste

Machen Sie bitte einen Versuch.

Bekanntmachung.

Das Grundbuchamt bleibt wegen Reinigung der Diensträume am Montag, den 29. April 1912 geschlossen. Karlsruhe den 24. April 1912. Grundbuchamt. 7462

Zu verkaufen:

1 Chiffonier wie neu Nr. 25, 1 Tisch Nr. 7, 1 Kommode Nr. 9, 1 Divan Nr. 20, verschiedene bessere Mädchen- und Frauenkleider sowie Herrenanzüge von Nr. 10 an.

Frau Pfleger
Zähringerstraße 33, 3. Stod.



Fussball-Club Mühlburg
Verein für Rasenspiele

Gegr. 1905.

Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.

Freitag Abend: **Alle Herren-Sitzung** mit Kneipe und Freibier.

Samstag Abend: **Spielerversammlung.**

Sonntag: **IV. und V. Mannschaft** gegen Südster auf Südsternplatz. 7478

Verkaufe fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauenkleider, gut gemachte Schuhe, Züffel in eigener Schuhmacher-Werkstatt. 7474

Frau Streckfuß Durlacherstraße 79.

Schneider

erste Kraft, findet feste 7479

Jahresstelle

Wochenlohn 30 M. oder Grundtaxe mit 10%, Zulage. Ueberstunden nach Tarif I mit 10% Zuschlag.

Kein Aussehen.

Hans Leyendecker.

e. V. 7477

Freitag: Leichtathlet.-Training und Spielerversammlung.

Sonntag vorm.: Training A.H. und 4. Mannsch., nachm. 1/2 2 Uhr: Durlach III - Frankonia III, 3 Uhr: Bruchsal II - Frankonia II, 1. Mannsch. in Bruchsal, Abf. 12 Uhr Hbf. Abends bei „Sportfreunde“ (Gottesauer Schlossele.)

20000 Meter Schweizer Stickerereien

Durch persönlichen Einkauf an den bedeutendsten Industriepätzen der Schweiz, ein Angebot von hervorragender Preiswürdigkeit.

1 grosser Posten **Madapolam-Stickerereien** **95**
Spitzen u. Einsätze Coupon von 4,50 Mtr. 1.75 1.45 1.25

1 grosser Posten **Cambric- u. Madapolam-Stickerereien** **95**
Spitzen, Einsätze, Durchzüge Coupon von 4,15 Mtr. 1.75 1.45 1.25

1 grosser Posten **Madapolam-Stickerereien** **50**
gutes Fabrikat Coupon von 4,50 Meter 75

1 grosser Posten **Madapolam- u. Cambric-Stickerereien** **1.15**
die best. Qual. 2.75 2.25 1.65
in nur mod. Dess., Coupon v. 4,15Mt.

Stickererei-Roben Batist, weiss, rosa und bastfarbig . Serie I **15⁵⁰** Serie II **16⁵⁰** Serie III **17⁵⁰**
Abgepasste Batist-Blusen schwarz und weiss **2⁷⁵**

Taschentücher

Mull-Batist-Taschentücher **1.85**
ca. 100 Dutzend, mit gesticktem Rand 1/2 Dutzend

Mull-Batist-Taschentücher **2.25**
ca. 100 Dutzend, mit Hohlraum u. gesticktem Rand, 1/2 Dutzend

Rein Leinen-Batist-Tücher **2.75**
mit handgestickter Ecke 1/2 Dutzend in Karton

Batist-Taschentücher **3.75**
In Qualität, mit handgesticktem Rand 1/2 Dutzend

Bitte um Beachtung
meines Spezialfensters
an der Kaiserstrasse.

Rein Leinen-Batist-Taschentücher **2.90**
mit handgestickter Ecke, verschied. Muster, 1/2 Dtzd. **3.90**

Sämtliche Artikel sind auf
Extratischens übersichtlich in
meinem Liechthof aufgelegt.

Hugo Landauer

Karlsruhe, Kaiserstrasse 145.

Durlach.
Gasthaus z. Schwanen
Hauptstrasse 13 (Kokal der sozialdem. Partei).

Dem Unterzeichneten erscheint es angebracht, den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern wie auch der geehrten Einwohnerschaft seine Lokalitäten ganz besonders in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Prima Oglau-Bier. — Keine Weine. — Hausgemachte Würstwaren. — Guten Mittags- und Abendtisch. — Schöne Fremdenzimmer.

7457 Achtungsvoll
Julius, Hummel, Wirt.

Waren-Versteigerung.

Freitag und Samstag, den 26. und 27. April, jeweils nachmittags 2 Uhr, werde ich

Waldstrasse 11 (Laden)

gegen bar öffentlich versteigern:
eine Partie Damenjaken, Damenkleider, Mäntel, eine Partie Stoffe aller Art, Vorhänge, Herren-, Burschen- und Kinderanzüge, Herrenjoden und Kinderstulpen, Einjahemden, Damenhemden und Hosen, Kinderweaters, Herren- und Knabenhosen und noch vieles.

Liebhaber ladet höflichst ein
J. Madlener, Auktionator.

Vormittags von 9 Uhr ab und Sonntag von 11—1 Uhr geöffnet.



Nur **Adlerstrasse 18a**

Ein Posten

Herren-Anzüge

10.00, 14.00, 21.00, 25.00 bis 42.00

nur Adlerstr. 18a **E. Hahn** nur Adlerstr. 18a

Guterhaltener Herd für 12 Mark zu verkaufen, für guten Brand wird garantiert, sowie 1 Handwagen, für Raucher oder Steindauer passend. Zu erfragen **Waldstrasse 11**.

5 Häfinnen zu verkaufen, Stück 4 Mark, **Werderstr. 67, Hts. 3. St.**

Bulach, Sandstr. 147, ein gut möbl. Zimmer an einen soliden Herrn sof. zu verm.

Bus
75
abge
2,10
Buch
fam
der
reden
häftig
Medite
Leuten
einen
gerren
hüden
fäon
allidli
s ben
De
von je
preuß
geidne
Ströb
teille
haben
lagte,
das p
gewiß
verächt
Preuß
Aber
regten
zu die
Ehe
tungsh
rung,
Mehch
o. Dal
er zum
gow be
und li
Reber
Eidbre
recht d
Gebrau
von B
Lor
rotte
Aufgab
in nah
preußi
Erfer
rung, d
Durchfi
liehen,
jelner
b e r m
die wid
ist der
Wahre
Soziald
und we
Junfer
hang de
r u m d
entpred
leben je
der Sel
als ein
r u m d
erhalten
ariffen,
lichen
Wälle u
der Jun
Aber da
der Geg
Wag
öffe n
lung für
demokra
ner, S
dem Die
Das
Wer hat
sozialde
solche W
Seite W
der Brä
Ordnung